

**Schweizerische Volkspartei
(SVP)**

Jahresbericht

2009



Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
I. Erfolgsbilanz	4
1. Das Jahr 2009 im Rückblick	4
<i>Frühlingssession 2009 (2. März – 20. März 2009)</i>	8
<i>Sondersession Nationalrat 2009 (27. – 30. April 2009)</i>	10
<i>Sommersession 2009 (25. Mai - 12. Juni 2009)</i>	12
<i>Herbstsession 2009 (07. – 25. September 2009)</i>	19
<i>Wintersession 2009 (23. November - 11. Dezember 2009)</i>	23
2. SVP-Frauen Schweiz und SVP Senioren Schweiz	27
4. Vernehmlassungsantworten der SVP	30
5. Positionspapiere der SVP	33
6. Communiqués, Pressedienste, Parteizeitung, Medienkonferenzen	34
II. Parteiorgane	36
1. Delegiertenversammlungen	36
2. Zentralvorstand	39
3. Leitender Ausschuss	43
4. Parteileitung	44
5. Generalsekretariat	45
6. Fraktion der Bundesversammlung	46
III. Eidgenössische Volksabstimmungen 2009	48
IV. Bundesratswahlen	50
V. Vertretung der SVP in den Kantons-parlamenten	51

VORWORT



Mit dem Abschluss des Jahres 2009 ist die erste Hälfte der Legislatur 2008-2011 zu Ende gegangen. Die SVP konnte in den vergangenen zwei Jahren einige Meilensteine in der Umsetzung des vor den Wahlen 2007 geschlossenen „Vertrages mit dem Volk“ erreichen. So konnten insbesondere für Unternehmen und Familien punktuell Steuersenkungen realisiert werden. Ein EU-Beitritt konnte weiterhin verhindert werden und die SVP-Volksinitiative zur Ausschaffung krimineller Ausländer wurde mit 211'000 Unterschriften eingereicht. Diesem Erfolgen standen aber auch im Jahr 2009 Niederlagen gegenüber. Erfolglos bekämpfte die SVP die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit sowie eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Zusatzfinanzierung der Invalidenversicherung. Sie stand dabei alleine einer breiten Phalanx von Bundesrat, Parlament, den anderen Parteien sowie den meisten Wirtschaftsverbänden gegenüber. Die Resultate zeigen, dass die SVP noch stärker werden muss, um ihrer Politik zum Durchbruch zu verhelfen. Im Gegenzug unterstützte die SVP als einzige Bundesratspartei die Minarett-Initiative, welche am 29. November 2009 vor dem Volk eine klare Mehrheit fand. Die SVP-Basis engagierte sich stark für ein Ja.

Inhaltliche Akzente setzte die SVP im Jahr 2009 unter anderem in den Bereichen Ausländer- und Asylpolitik, wo zahlreiche Vorstösse lanciert wurden. Zur Verschärfung des Strafrechts und zur Landwirtschaftspolitik konnte die SVP ausserordentliche Sessionen erwirken und damit Massnahmen anstossen. Weiter wurden Schwerkichte in den Bereichen Landesverteidigung und Finanzmarkt gesetzt. Mit ihren Vorschlägen im Nachgang zur Bankenkrise nahm die SVP ihre Verantwortung für den Wirtschaftsstandort Schweiz und die schweizerische Volkswirtschaft wahr und konnte in der Krise wichtige wirtschaftspolitische Schwerpunkte setzen.

Auf kantonaler Ebene stach 2009 das Engagement vieler Kantonalparteien gegen das verfehlte HarmoS-Konkordat hervor. Mit Abstimmungserfolgen in verschiedenen Kantonen konnte verhindert werden, dass HarmoS allgemeinverbindlich erklärt wird. Das Engagement der SVP für eine qualitativ hochstehende Bildung und für die Stärkung der Eigenverantwortung der Eltern hat sich damit bezahlt gemacht. Bei kantonalen Wahlen im Jahr 2009 standen drei Erfolge (VS, SO, AG) zwei Niederlagen (NE, GE) gegenüber.

Mit Bundesrat Ueli Maurer ist die SVP 2009 in den Bundesrat zurückgekehrt. Ueli Maurer hat als Vorsteher des VBS die bestehenden Mängel und Probleme in der Armee rasch erkannt und in seinem ersten Amtsjahr mit Hochdruck Lösungen vorangetrieben.

Die SVP wird auch in der zweiten Legislaturhälfte alles daran setzen, die Politik zum Wohle des Landes zu beeinflussen und damit ihre Wahlversprechen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern konsequent einhalten.

Martin Baltisser
Generalsekretär

I. ERFOLGSBILANZ

1. Das Jahr 2009 im Rückblick

JANUAR

Der **Abstimmungskampf zur undemokratischen, verfassungswidrigen Personenfreizügigkeitsvorlage** prägt den Start ins Jahr 2009.

Nachdem die SVP bereits am 30. Dezember 2008 ihre Kampagne vorgestellt hat, treten am **5. Januar ein überparteiliches Wirtschafts- und Gewerbekomitee sowie am 9. Januar ein ebenfalls überparteiliches Komitee gegen die unkontrollierte Einwanderung** an die Öffentlichkeit.

Personenfreizügigkeit fördert Arbeitslosigkeit

Entwicklung der Arbeitslosigkeit September 2008 – Dezember 2008

	September 2008	Dezember 2008	Zunahme
Gesamtarbeitslosigkeit	2,4%	3,0%	+ 25%
Schweizer	1,8%	2,1%	+ 17%
Deutsche	2,0%	3,0%	+ 50%
Portugiesen	3,7%	7,0%	+ 89%
Ausländeranteil sämtlicher Arbeitslosen	45,9%		
Ausländeranteil in der Schweiz	21,3%		

Quelle SECO, BfM

Die vollständige Personenfreizügigkeit in der Schweiz gilt erst seit 1½ Jahren und nur mit den 15 alten EU-Staaten, dabei wurden am meisten Arbeitskräfte aus **Deutschland und Portugal** rekrutiert. Wer auch nur einen Tag in der Schweiz und in den vorangehenden zwei Jahren 364 Tage in einem EU-Staat gearbeitet hat und arbeitslos wird, bezieht in der Schweiz Arbeitslosenentschädigung und bis 5 Jahre alle schweizerischen Sozialleistungen!

Bis September 2008 herrschte Höchstkonjunktur. Ab Oktober erfolgte der Einbruch in der Exportindustrie – die Arbeitslosigkeit wird 2009 massiv steigen! Die Befürworter sagen: Kein Problem, die Europäer gehen nach Hause. Schon Ende Dezember 2008 zeigt sich das Resultat. Überzeugen Sie sich selbst.

Darum:

**Bilaterale weiterführen
Freizügigkeitspäckli ablehnen**

Also am 8.2.09:

Notbremse ziehen!

NEIN

zum Personenfreizügigkeitspäckli

Überparteiliches Wirtschafts- und Gewerbekomitee gegen die Personenfreizügigkeit

Postfach 8252, 3001 Bern. Mit einer Spende auf PC 30-209744-4 unterstützen Sie dieses Inserat. Mit herzlichem Dank.

Am 9. und 10. Januar versammeln sich die **Parteikader der SVP Schweiz zu ihrer traditionellen Arbeitstagung in Horn (TG)**. Nationale Parlamentarier, Vertreter der SVP-Kantonalparteien sowie Regierungsräte und Richter diskutieren gemeinsam mit geladenen Experten über europapolitische Fragen. Insbesondere wird behandelt, **ob die stete Ausweitung der Bilateralen einem „versteckten“ EU-Beitritt gleichkommt** und welche Rolle das Völkerrecht im Verhältnis zum Landesrecht hat.

Dem **schleichenden Angleichungs- und Ausweitungsautomatismus**, der bei den bilateralen Verträgen Einzug gehalten hat, sowie den **voranschreitenden Zentralisierungstendenzen in der Schweiz** will die SVP Einhalt gebieten.

Nachdem die sicherheitspolitische Kommission des Ständerates am 18. Januar dem Bundesrat folgt und beschliesst, die **Freiwilligkeit von Auslandseinsätzen für Berufs- und Milizmilitär preiszugeben**, bezieht die SVP umgehend Stellung. Die Partei macht nochmals klar, dass sie gegen eine derartige neutralitätsverletzende Anpassung des **Militärgesetzes das Referendum ergreifen** würde.

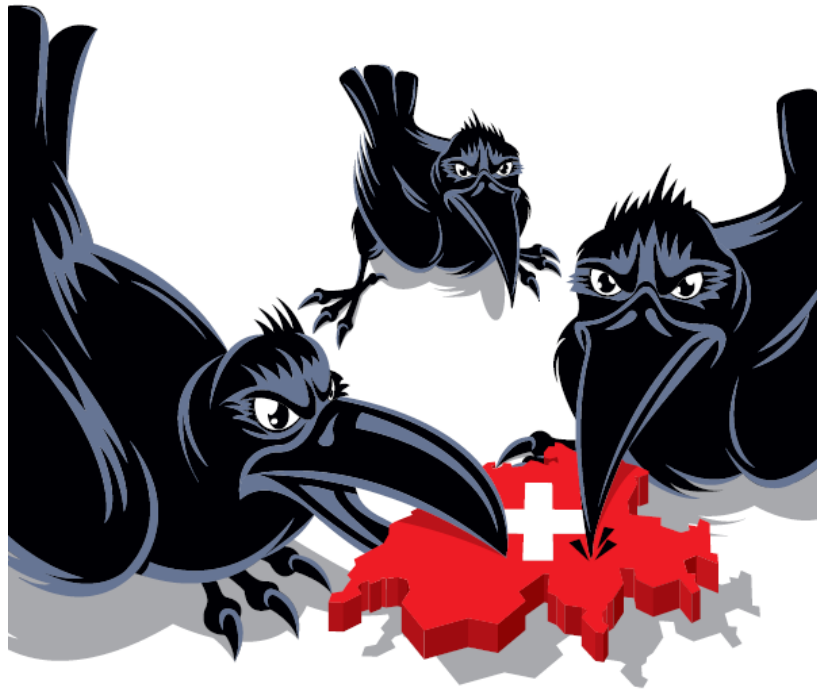
Am 17. Mai 2009 möchten Bundesrat und Parlament dem Schweizer Stimmvolk eine **Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,4 Prozent** schmackhaft machen, um die horrenden Missstände in der IV weiterhin finanzieren zu können. Nun hat aber auch die Landesregierung gemerkt, dass die Bevölkerung in der aktuellen Rezessionsphase, in welcher jeden Tag Leute entlassen werden und auf Kurzarbeit umgestellt wird, einer Steuererhöhung nicht zustimmen wird. Der Bundesrat versucht daher, sich mit einem „**Bubentrickli**“ aus der sich abzeichnenden Abstimmungsniederlage zu stehlen. Medienmitteilung des Bundesrates vom 28.01.2009 zur IV-Sanierung:

Volksabstimmung voraussichtlich am 27. September 2009

„An seiner wöchentlichen Sitzung hat der Bundesrat heute beschlossen, die Volksabstimmung über den Bundesbeschluss über die befristete Zusatzfinanzierung der Invalidenversicherung (IV), die für den 17. Mai 2009 vorgesehen war, erst auf den 27. September 2009 anzusetzen. Auf diese Weise will der Bundesrat dem Parlament ermöglichen, den von ihm verabschiedeten Bundesbeschluss gegebenenfalls zu ändern... Angesichts der derzeitigen Wirtschaftslage sind im Parlament und in der Öffentlichkeit Stimmen laut geworden, die eine Verschiebung des Inkrafttretens der Mehrwertsteuererhöhung fordern. Gemäss Bundesbeschluss würde die Erhöhung am 1. Januar 2010 in Kraft treten.“

FEBRUAR

Am 8. Februar 2009 stimmt das Schweizer Volk über die Weiterführung der Personenfreizügigkeit mit den bisherigen EU-Staaten und deren Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien ab. Der Souverän sagt mit 59.6 Prozent Ja zu dieser Vorlage. Nachdem die SVP die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit alleine gegen eine riesige Phalanx von EU-Befürwortern bekämpfte, ist das Resultat mit 40% Nein-Anteil als Erfolg zu werten. Die SVP fordert, dass nun alle notwendigen Massnahmen geprüft werden, um im Bereich der Zuwanderung eine finanziell und sozial tragbare Lösung für unser Land zu finden.



Freipass für alle? **Nein**



8. Februar

Bei den kantonalen Abstimmungen vom 8. Februar setzt sich die **Bildungspolitik der SVP** gleich dreifach durch: Die Stimmbürger in **Nidwalden schicken das un-demokratische HarmoS-Konkordat mit 62 Prozent Nein-Stimmenanteil deutlich bachab** und auch im **Kanton Schaffhausen zeigt das Volk mit der wuchtigen Ablehnung des Bildungs- und des Schulgesetzes**, dass es keine ideologischen Harmonisierungs- und Zentralisierungstendenzen will. Im **Kanton Aargau** schliesslich wird mit **Alex Hürzeler** ein SVP-Vertreter, welcher sich für die bildungspolitischen Grundsätze der Partei stark macht, **als Bildungsdirektor in den Regierungsrat gewählt**.

Pressekonferenz der SVP vom 10. Februar 2009

„Landesrecht stärken zur Wiederherstellung der Souveränität“

An ihrer Pressekonferenz vom 10. Februar fordert die SVP den **grundsätzlichen Vorrang des demokratisch legitimierten Landesrechts** vor dem sogenannten „Völkerrecht“, als wichtiger Schritt zur Stärkung beziehungsweise **Wiederherstellung der schweizerischen Souveränität** und der direkten Demokratie. Zudem wird verlangt, dass der Begriff des zu beachtenden „zwingenden Völkerrechts“ klar definiert und in die Verfassung aufzunehmen ist. Auch dürfe das **Prinzip der doppelten Strafbarkeit** keinesfalls aufgegeben werden.

Da es innerhalb der SVP zwei grundsätzlich unterschiedliche Haltungen bezüglich des weiteren Vorgehens in der Finanzkrise und zur **Minimierung des volkswirtschaftlichen Risikos der Grossbanken** gibt, legen am 16. Februar sowohl Vizepräsident Christoph Blocher als auch Nationalrat Hans Kaufmann eine grundsätzliche Analyse vertieft dar. Dabei steht die Grundsatzfrage „Was ist eigentlich Marktwirtschaft und wo gibt es Grenzen?“ im Mittelpunkt.

Pressekonferenz der SVP vom 17. Februar 2009

„SVP fordert kriegsgenügende Armeeausbildung“

Am 17. Februar stellt die SVP an einer Pressekonferenz ihre **Forderungen bezüglich der Ausbildung in der Schweizer Armee** vor. Dabei wird der Schwerpunkt darauf gelegt, dass **alle Ausbildungsaktivitäten konsequent auf das Ziel „Kriegsgenügen“ ausgerichtet werden** und dass die **Trennung von Einsatz- und Ausbildungsverantwortung aufzuheben** ist. In der Milizarmee muss dem Kommandanten, der seine Einheit in den Einsatz zu führen hat, auch die volle Verantwortung für die Ausbildung seiner Einheit übertragen werden.

Pressekonferenz der SVP vom 24. Februar 2009

„Für eine Klimapolitik mit Augenmass“

Da die **Klimadiskussion nach wie vor von linker Ideologie und Angstmacherei geprägt** wird und sich viele Politiker mit oftmals realitätsfremden Klimaschutzforderungen überbieten, verlangt die SVP am 24. Februar eine **Rückkehr zur Vernunft in der Klimapolitik**. An der entsprechenden Medienorientierung erhebt die SVP insbesondere folgende klimapolitische Forderungen:

- **Aufhebung des CO2-Gesetzes zum Zeitpunkt der Beendigung der vom Kyoto-Protokoll geregelten Periode** (2010, spätestens 2012).
- Bis dahin Beibehaltung der vollständigen Rückgabe der CO2-Abgabe an die Steuerzahler und Verzicht auf die Einführung einer Teilzweckbindung.
- Keine Beteiligung der Schweiz an einem Nachfolge-Protokoll, wenn sich nicht sämtliche Grosse mitteilten zu Begrenzungen verpflichten.
- **Keine nationale Regelung, welche weitergeht als die internationalen Verpflichtungen.**

MÄRZ

Die SVP-Fraktion verabschiedet am 3. März ihr **Positionspapier zur Bewältigung der Banken- und der Bankkündengeheimniskrise**. Während der Bundesrat unter dem Einfluss des internationalen Drucks immer weitere Zugeständnisse macht, will die SVP vielmehr wieder **die Interessen unseres Landes wahren**. Dazu gilt es einerseits **das volkswirtschaftliche Klumpenrisiko der Grossbanken zu minimieren**, andererseits muss auch **das Bankkündengeheimnis zum Schutz der Privatsphäre der Bankkunden gestärkt werden**.

Am Freitag, dem 13. März, gibt der Bundesrat einen Beschluss bekannt, welcher der **Preisgabe der doppelten Strafbarkeit und der Aushöhlung des Bankkündengeheimnisses** gleichkommt. Die **SVP verurteilt diesen Kniefall der Landesregierung** - welche sich einmal mehr von den ausländischen Regierungen erpressen liess - und wird gegen diesen Entscheid ankämpfen. Es gilt diese **wichtigen Instrumente zum Schutz der Privatsphäre und als Basis der Eigentumsgarantie** zu erhalten.

Frühlingssession 2009 (2. März – 20. März 2009)

Zusammenfassung

Am ersten Tag der **ersten Sessionswoche** werden Martin Landolt (BDP), Max Chopard-Acklin (SP) und Ulrich Schlüer (SVP), der nach der Wahl von Ueli Maurer in den Bundesrat in den Nationalrat nachrutscht, vereidigt. Mit der Vereidigung von Martin Landolt erreicht die BDP Fraktionsstärke. Der Ständerat beschäftigt sich an diesem ersten Sessionstag unter anderem mit einer parlamentarischen Initiative zur Aufnahme von Guantanamo-Häftlingen. Der Nationalrat stimmt in der Differenzbereinigung zum Verfassungsartikel über die Forschung am Menschen einem Kompromissangebot des Ständerates zugestimmt. Die kleine Kammer weist die Änderung des Bundesgesetzes über die Wahrung der inneren Sicherheit an den Bundesrat zurück und gibt einer Petition zur Aufbewahrung der Armeewaffe im Zeughaus keine Folge. Die Fraktion beschliesst, eine PUK zum Amtshilfeverfahren mit den USA zu fordern. Der Nationalrat heisst eine Änderung des Zivilgesetzbuches zur Unterbindung von Scheinehen gut, welche auf einen Vorstoss von Toni Brunner zurückgeht. Mit 129:50 Stimmen empfiehlt er jedoch die Minarett-Initiative zur Ablehnung. Der Ständerat nimmt sowohl das Bundesgesetz über die technischen Handelshemmnisse (Cassis de Dijon) als auch das Produktesicherheitsgesetz einstimmig an.

Die **zweite Sessionswoche** beginnt im Nationalrat mit einer ausserordentlichen Session zur Wirtschaftskrise. In dessen Rahmen werden 106 Vorstösse zur Finanz- und Wirtschaftskrise behandelt und mit 156:36 der Nachtrag Ia zum Budget 2009 im Umfang von 700 Mio. CHF zur Stützung der Konjunktur gutgeheissen. Der Ständerat stimmt einstimmig dem UNO-Übereinkommen gegen Korruption zu und räumt die Differenzen beim Patentanwaltsgesetz aus. Im Nationalrat werden die letzten Differenzen bei der Vorlage zum Ausbau der Eisenbahninfrastruktur (ZEB) und bei der Bahnreform 2 bereinigt. Auf die Vorlage zu einem neuen Namensrecht tritt der Nationalrat zwar ein, weist sie jedoch im Sinne der SVP an die Rechtskommission zurück. Ausserdem nimmt die grosse Kammer eine parlamentarische Initiative für neue Kriterien zur Gültigkeit von Volksinitiativen an und ein Kommissionspostulat überweist zum Verhältnis zwischen Volksinitiativen und Völkerrecht. Damit versucht die Classe politique einmal mehr, die Volksrechte der Bürger zu unterbinden und „Völkerrecht“ über die Demokratie zu stellen. Der Ständerat heisst in seiner ausserordentlichen Session zur Wirtschaftskrise ebenfalls den Nachtrag Ia zum Budget 2009 im Umfang von 700 Mio. CHF zur Stützung der Konjunktur einstimmig gut. Am letzten Tag der zweiten Sessionswoche lehnt der Nationalrat die wirtschaftsfeindliche Volksinitiative der GsoA, welche ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten fordert, mit 122:60 Stimmen ab. Der Ständerat nimmt eine Nationalratsmotion zur verstärkten Prävention von Pädokriminalität und anderen Verbrechen sowie eine Motion zur Einführung eines Entführungsalarmsystems an.

Am Montag der **letzten Sessionswoche** bereinigt der Nationalrat die letzte Differenz beim Patentgerichtsgesetz und lehnt sowohl eine parlamentarische Initiative als auch eine Petition für die Aufbewahrung der Armeewaffe im Zeughaus ab. Der Ständerat heisst einstimmig eine Teilrevision des Forschungsgesetzes gut. Am Dienstag überweist der Nationalrat Motionen des Ständerates zum Verbot von Streubomben. Mit 96:75 Stimmen hält die grosse Kammer an der Aufhebung der Immunität von Toni Brunner fest, was die SVP scharf kritisiert hat. Die Aufhebung der Immunität von Christoph Mörgeli lehnt der Nationalrat hingegen ab. Der Ständerat heisst beim neuen Jugendstrafprozessrecht den Antrag der Einigungskonfe-

renz gut. Am nächsten Tag wählt die Vereinigte Bundesversammlung Stephan Blättler (SVP, ZH) mit 175 von 176 gültigen Stimmen zum Richter am Bundesstrafgericht. Der Nationalrat heisst die Totalrevision des Mehrwertsteuergesetzes gut und stimmt einer Ständeratsvorlage zur steuerlichen Abzugsfähigkeit von Zuwendungen an politische Parteien zu. Der Ständerat beschliesst gleichentags die Teilnahme der Schweiz am Filmförderungs-Programm MEDIA der EU für 2007-2013 und stimmt einer damit im Zusammenhang stehende Änderung der Werbevorschriften im Radio- und Fernsehgesetz zu. Am Donnerstag lehnt der Nationalrat einen indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative für Tierschutzanwälte ab. Weiter stimmt er der Teilzweckbindung der CO₂-Abgabe auf Brennstoffen für energetische Gebäudesanierungen zu und überweist eine Ständeratsmotion für eine Vorwärtsstrategie bei energetischen Gebäudesanierungen. Am letzten Sessionstag entscheidet der Nationalrat mit 99:80 Stimmen, dass NR Lucrezia Meier-Schatz (CVP) und altNR Jean-Paul Glasson (FDP) für ihre Äusserungen als GPK-Sprecher im Fall Blocher-Roschacher die absolute Immunität geniessen und vor Strafverfolgung geschützt sind. Die SVP Fraktion kritisiert diesen willkürlichen Entscheid des Nationalrates heftig und verlässt aus Protest den Nationalratssaal.

Medienmitteilung der Bundeskanzlei vom 25.03.2009: **Verschiebung der Abstimmung über die befristete Zusatzfinanzierung.**

Die Abstimmung über die befristete Zusatzfinanzierung der IV war ursprünglich für den 17. Mai vorgesehen. Der Bundesrat begründet die Verschiebung auf den 27. September damit, dass aufgrund der Konjunkturabschwächung und der schwierigen Wirtschaftslage im Parlament wie auch in der Öffentlichkeit Zweifel an der Opportunität des Mai-Termins geäussert worden seien. Deshalb kam er zum Schluss, die Abstimmung auf den Herbst zu verschieben. Der Bundesrat versichert, dass das für den 1. Januar 2010 geplante Inkrafttreten des fraglichen Bundesbeschlusses bei Annahme der Vorlage trotz verschobener Volksabstimmung eingehalten werden könnte.

Anlässlich der Sitzung vom 27. März fasst der Zentralvorstand der SVP die **Parolen für die Volksabstimmungen vom 17. Mai 2009**. Das zuständige Gremium sagt **Nein zu beiden anstehenden Vorlagen** und lehnt damit sowohl die **Zwangseinführung biometrischer Reisedokumente** (53 Nein, 7 Ja bei 1 Enthaltung) sowie die Komplementärmedizin-Vorlage „**Zukunft mit Komplementärmedizin**“ (35 Nein, 17 Ja bei 4 Enthaltungen) ab. Zudem wird, gemäss dem Vorschlag der Parteileitung, **Martin Baltisser vom Zentralvorstand zum neuen SVP-Generalsekretär auf den 1.7.2009 gewählt**.

Delegiertenversammlung in La Brévine (NE) vom 28. März 2009 **Finanz- und Wirtschaftskrise**

Die Delegierten der SVP Schweiz treffen sich am 28. März 2009 in La Brévine (NE). Im Zentrum der **Delegiertenversammlung** stehen die **Finanz- und Wirtschaftskrise** sowie die **Parolenfassung für die Abstimmung über die Erhöhung der Mehrwertsteuer** zugunsten der IV, welche auf den 27. September 2009 verschoben wurde. Da es gerade in der aktuellen Wirtschaftskrise die Aufgabe des Staates ist, **Bürger und Unternehmungen zu entlasten**, um damit den Konsum und die Investitionen zu stärken und Arbeitsplätze zu sichern, wäre eine Steuererhöhung ein völlig verfehltes Zeichen. **Deshalb sagen die SVP-Delegierten mit 328 zu 1 Stimmen deutlich Nein zu dieser Abstimmungsvorlage**, über welche im Herbst 2009 abgestimmt wird. Ebenfalls verabschiedet die Delegiertenversamm-

lung ein **Positionspapier zum weiteren Vorgehen in der Banken- und der Bankkundengeheimniskrise.**

APRIL

Pressekonferenz der SVP vom 2. April 2009

„kommandieren, kontrollieren, korrigieren“

Die Schweizer Armee ist zurzeit nicht einsatztauglich. Insbesondere die Zentralisierung und Bürokratisierung der Führungsstrukturen sowie der Führungsverantwortung ist gescheitert. Die SVP fordert deshalb die Rückkehr zu einer auftragsorientierten Führung. Dieses Prinzip hat sich für die Milizarmee bewährt. Mit diesen Massnahmen bei der Führung kann die Ernstfalltauglichkeit der Milizarmee wiederhergestellt werden. Die Unabhängigkeit der Schweiz kann nur bewahrt werden, wenn die Schweiz jederzeit zeigen und beweisen kann, dass sich Gewaltanwendung gegen unser Land nicht lohnt.

Pressekonferenz der SVP vom 14. April 2009

„Bei Asylmissbrauch und Ausländerkriminalität ist hart durchzugreifen“

Die Fehlanreize im schweizerischen Asyl- und Ausländergesetz sowie die zu lasche Ausschaffungspraxis bei kriminellen Ausländern müssen dringend korrigiert werden. Die aktuellen Vernehmlassungsvorlagen des Bundesrates in diesen Bereichen sind zu vage und bringen keine echten Verbesserungen. Die SVP lehnt Scheinlösungen ab und verlangt die konsequente Durchsetzung griffiger und praktikabler Massnahmen. Wer sich nicht an unsere Regeln hält, hat das Land zu verlassen! Die Landesregierung muss endlich aufzeigen, dass sie bereit ist, die Missbräuche im Asylwesen zu bekämpfen, die Sicherheit der Bürger zu erhöhen und die entsprechenden Gesetze anzupassen.

Pressekonferenz der SVP vom 21. April 2009

„Breite Allianz gegen neue Verfassungsbestimmung ‚Zukunft mit Komplementärmedizin‘“

Nachdem sich bisher vor allem die Befürworter der Volksabstimmung vom 17. Mai 2009 zu Wort gemeldet haben, treten an diesem Tag drei profilierte Gesundheitspolitiker aus den grossen bürgerlichen Parteien vor die Medien, um gegen den Verfassungsartikel „Zukunft mit Komplementärmedizin“ mobil zu machen und die Nachteile der Vorlage aufzuzeigen.

Sondersession Nationalrat 2009 (27. – 30. April 2009)

In der Sondersession stimmt der Nationalrat dem Nationalstrassenabgabegesetz zu. Ausserdem verlängert die grosse Kammer den Rahmenkredit für die internationale Währungshilfe bis 2013. Weiter heisst der Nationalrat entgegen dem Willen der SVP Bundesgesetz über die technischen Handelshemmnisse (Prinzip des Cassis de Dijon) gut und nimmt das Produktesicherheitsgesetz an. Ebenfalls werden Vorstösse zur steuerlichen Abzugsfähigkeit der Bildung gutgeheissen. Weiter heisst der Nationalrat einen indirekten Gegenvorschlag zur Gewässerschutzinitiative gut. Schliesslich weist die grosse Kammer gemäss Willen der SVP mit 104:44 die Änderung des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (neue Mittel zur Überwachung Terrorverdächtiger) an den Bundesrat zurück und schliesst sich damit entgegen dem früheren Entscheid dem Ständerat an.

Sonderparteitag in Bern vom 2. Mai 2009 zur Migrationspolitik

Die Delegierten der SVP Schweiz sowie Interessierte treffen sich am 2. Mai 2009 in **Bern**. Im Zentrum des **Sonderparteitages** stehen die **Migrationspolitik** sowie die **Verabschiedung einer entsprechenden Resolution und eines Positionspapiers**. Aufgrund der stark zunehmenden Jugendkriminalität durch ausländische Jugendliche und der verfehlten Migrationspolitik seit der Abwahl von Christoph Blocher sowie dem befürchteten Zustrom von Ausländern seit der Annahme der Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Bulgarien und Rumänien, verabschieden die SVP-Delegierten **die Resolution mit nur einer Gegenstimme und das Positionspapier gar einstimmig**.

Pressekonferenz der SVP vom 7. Mai 2009

„Volksschule: Zurück zum Leistungsprinzip“

Eine gute Ausbildung ist für Wirtschaft und Unternehmen von zentraler Bedeutung. Voraussetzung dafür, dass die Schüler den Anforderungen gewachsen sind, ist eine funktionierende Volksschule die ihren Auftrag erfüllt. Die SVP hat in Bern zwei neue Positionspapiere zur Schulleistung sowie zum Lehrerberuf vorgestellt. Drei Hauptforderungen:

1. Leistung muss wieder im Zentrum stehen: Die Volksschule braucht eine konsequente Orientierung an einem wettbewerbs- und leistungsorientierten System.
2. Engagierte und qualifizierte Lehrer als Respektspersonen: Klassenlehrer muss die Verantwortung für seine Klasse tragen und alle Fächer mit Herzblut unterrichten.
3. Praxisorientierte Zielsetzungen statt ideologischer Lehrplan 21: Es braucht einen Lehrplan der klare Ziele vorgibt und Kernfächer stärkt.

Pressekonferenz der SVP vom 11. Mai 2009

„Agrarfreihandel: Verhandlungen mit der EU sofort abbrechen“

Der Bundesrat opfert die Schweizer Landwirtschaft der internationalen Agrarindustrie und der schrittweisen Vorbereitung eines EU-Beitritts. Die vom Nationalrat beschlossene einseitige Einführung des Cassis-de-Dijon-Prinzips würde bereits beträchtliche Wettbewerbsnachteile für die produzierenden Schweizer Bauern mit sich bringen, trotzdem führt Bundesrätin Leuthard die Verhandlungen über den Freihandel im Agrar- und Lebensmittelbereich mit der EU ungebremst weiter. Die SVP setzt sich mit aller Kraft für eine produzierende Schweizer Landwirtschaft ein, welche die Versorgung unseres Landes mit gesunden und qualitativ hochwertigen einheimischen Produkten sichert. An ihrer Pressekonferenz fordert die SVP die Landesregierung – und insbesondere die zuständige CVP-Bundesrätin Doris Leuthard – auf, diese Verhandlungen sofort abzubreaken.

Nachdem die Einführung der **biometrischen Pässe** am **Abstimmungssonntag vom 17. Mai 2009** vom Volk nur hauchdünn angenommen wird, sind bei der Umsetzung der Vorlage gewisse Anpassungen unumgänglich. Der sehr hohe Nein-Stimmenanteil von 49.86%, zeigt insbesondere, dass die Bevölkerung die Sicherheit ihrer sensiblen Daten nicht aufs Spiel setzen will. Die entsprechenden Vorkehrungen sind von Seiten des Bundesrates einzuleiten. Zudem muss die Regierung auf einen weiteren Ausbau des Biometriezwangs verzichten und den Beschaffungsauftrag öffentlich ausschreiben. **Die SVP verlangt, dass der Bundesrat die Einführung einer zentralen Datenbank sowie die Möglichkeit weitere Ausweisarten ei-**

ner Biometrie-Pflicht zu unterstellen aus der Gesetzesvorlage streicht.

Die Zustimmung zur Vorlage „Zukunft mit Komplementärmedizin“ hat sich im Vorfeld der Volksabstimmung bereits deutlich abgezeichnet. Die SVP kritisierte in dieser Frage insbesondere, dass die Kosten für diese Ausweitung des Grundleistungskataloges nicht abschätzbar sind. Die Annahme dieser Vorlage führt tendenziell zu einem erneuten Kostenanstieg. **Die SVP wird sich weiterhin konsequent für tiefe Krankenkassenprämien und eine Stärkung der Kaufkraft in der Schweiz einsetzen.**

Pressekonferenz der SVP vom 19. Mai 2009

„Sicherheit schaffen: Strafrecht verschärfen!“

Das schweizerische Strafrecht ist in den letzten 15 Jahren zu einem Kuschelstrafrecht verkommen. Die Linken und die Mitteparteien haben immer wieder Aufweichungen zu Gunsten der Straftäter erwirkt und dabei die Interessen der Opfer sowie die Sicherheit der Bürger vernachlässigt. Die SVP-Fraktion hat deshalb einstimmig eine ausserordentliche Session zur Verschärfung des Strafrechts verlangt und fordert, dass wieder strafrechtliche Sanktionen mit wirklich strafendem Charakter eingeführt werden. Die SVP fordert:

- Das Strafrecht muss wieder verständlich und in sich logisch sein.
- Das Strafrecht muss potentielle Täter abschrecken und Gesetzesverstösse in aller Härte ahnden.
- Die Ausschaffungsinitiative ist zu unterstützen.

Sommersession 2009 (25. Mai - 12. Juni 2009)

Zusammenfassung

Der Nationalrat behandelt in der ersten Sessionswoche das Forschungsgesetz, bei welchem es um die Neuausrichtung der Kommission für Technologie und Innovation geht. Die SVP reicht zahlreiche Minderheitsanträge ein, welche mehr Transparenz und eine bessere Kontrolle bei der Vergabe der Fördergelder fordern, unterliegt jedoch. Schliesslich lehnt die SVP die Vorlage ab. Ebenfalls erleidet Bundesrätin Leuthard im Nationalrat Schiffbruch mit ihrer Vorlage zur Schaffung einer Bilanzreserve für die Landwirtschaft, welche die Auswirkungen des EU-Agrarfreihandels abfedern soll. Die SVP-Fraktion beschliesst an ihrer Fraktionssitzung vom 26. Mai 2009, eine Volksinitiative zu lancieren, um die steuerliche Gleichstellung der traditionellen Familien herbeizuführen, falls die Familienbesteuerungsvorlage in der Version des Bundesrates beschlossen wird. Beide Räte lehnen einen Rückweisungsstopp von abgewiesenen Asylbewerbern aus Sri Lanka ab. Der Ständerat heisst einen 10 Milliarden Dollar-Kredit an den IWF entgegen dem Willen der SVP-Vertreter gut. Diese kritisieren, dass damit vorschnell auf den Druck der G20 reagiert werde, ohne dass hierfür Gegenleistungen an die Schweiz erfolgen. Auf Antrag von Christoffel Brändli beschliesst der Ständerat entgegen dem Willen der SVP-Fraktion, die von der SVP und anderen Fraktionen zur Frage der untragbaren Risiken des Finanzmarktes für die Volkswirtschaft eingebrachten Vorstösse an die vorberatene Kommission zurückzuweisen. Weiter beschliesst der Ständerat entgegen dem Willen der SVP im August 2009 eine Sondersession zur Frage der Familienbesteuerung sowie zur Frage der kalten Progression abzuhalten. Der Nationalrat berät zum zweiten Mal über die Frage des EU-Media-Abkommens und schliesst sich der Fassung des BR an, wonach sowohl die Privatsender wie auch die SRG für Alkohol Werbung machen dürfen. Der NR entscheidet über verschiedene Vorstösse im Bereich der Einbürgerungen. Er lehnt eine SVP-Fraktionsmotion ab, welche die mündliche und schriftli-

che Beherrschung der vor Ort geltenden Landessprache forderte, ab, überwies aber stillschweigend einen Gegenvorschlag, welcher die guten Kenntnisse der Landessprache sowie die Integration vor Ort voraussetzen. Der Ständerat heisst eine Parlamentarische Initiative von Toni Brunner gut, welcher Scheinehen unterbinden möchte. Ebenfalls stimmt das Parlament in der Differenzbereinigung der CO₂-Teilzweckbindung für energetische Gebäudesanierungen entgegen dem Willen der SVP zu – damit werden die Steuern um faktisch 200 Millionen Franken pro Jahr erhöht. Der SR berät als Zweitrat über die 11. AHV-Revision. Neben der Erhöhung des Frauen-Rentenalters auf 65 Jahre beschliesst er entgegen dem Willen der SVP, während zehn Jahren tieferen Einkommen den Rentenvorbezug zu erleichtern. Damit können entgegen den Vorschlägen des Nationalrats nicht 800, sondern aufgrund der Kosten der Abfederung, nur 400 Millionen Franken eingespart werden. Beide Kammern verabschieden die Staatsrechnung, den Nachtrag Ib sowie sämtliche Sonderrechnungen zur Staatsrechnung grossmehrheitlich. Die SVP-Fraktion spricht sich im Nationalrat gegen die Staatsrechnung aus, da trotz äusserst guter Konjunktur neue Schulden gemacht werden. Ausserdem lehnt die SVP den Nachtrag Ib ab, da darin vor allem für die verfehlte Asylpolitik von Bundesrätin Widmer-Schlumpf neue Mittel eingestellt werden müssen. Der Ständerat verabschiedet die MwSt-Revision. Im Unterschied zum Nationalrat will der Ständerat für Sport- und Kulturvereine eine Umsatzgrenze von nur 100'000 Fr. (Nationalrat wollte 300'000 Fr.).

Der Ständerat verabschiedet die Staatsrechnung sowie sämtliche Sonderrechnungen einstimmig. Der Nationalrat verabschiedet die Staatsrechnung sowie die Sonderrechnungen ebenfalls, allerdings lehnt die SVP die Staatsrechnung sowie die FinV-Sonderrechnung ab. Nachdem der Ständerat an Ausland-WKs festgehalten hat, lehnt der Nationalrat das von der Einigungskonferenz verabschiedete Militärgesetz definitiv ab. Damit ist die gesamte Vorlage vom Tisch. Der Nationalrat lehnt zwei Volksinitiativen von Franz Weber gegen den Bau von Zweitwohnungen und gegen umweltbelastende Grossanlagen ohne Gegenvorschlag ab. Der Ständerat lehnt die Aufhebung der Immunität verschiedener aktiver und ehemaliger Ratsmitglieder definitiv ab, unter anderem diejenige von NR Toni Brunner. Der Ständerat spricht sich für eine eng formulierte Version des Verfassungsartikels über die Forschung am Menschen aus. **Der Nationalrat führt eine dringliche Debatte über das Gesundheitswesen und die massive Steigerung der Krankenkassenprämien durch.**

Am Mittwoch 3. Juni 2009 führt die SVP-Fraktion ihren traditionellen Fraktionsausflug durch. In Flüeli-Ranft erkundet die SVP-Fraktion die Spuren des Bruder Klaus. Später wird die Heli-Basis in Alpnach besichtigt und schliesslich findet in Kerns ein gemütliches, geselliges Abendessen statt.

Am Morgen des 3. Juni 2009 findet eine ausserordentliche Session zum Thema „Verschärfung des Strafrechts“ statt, welche einstimmig von der SVP-Fraktion einberufen wurde. Dabei werden viele verschärfende Vorstösse der SVP vom Nationalrat überwiesen, was für die SVP ein grosser Erfolg ist. Unter anderem stimmt der Nationalrat einer Verschärfung des Strafmasses bei Vergewaltigung oder bei schwerer Körperverletzung zu, heisst die Wiedereinführung der kurzen Freiheitsstrafen gut, stimmt der Abschaffung der bedingten gemeinnützigen Arbeit zu und heisst Korrekturen im Strafregisterrecht gut. Weiter heisst der Nationalrat SVP-Vorstösse gut, welcher unintegrierte Ausländer ausschaffen und den Strafvollzug in Herkunftsländern durchführen möchten.

JUNI

In seiner Medienmitteilung vom 12. Juni 2009 gibt das Generalsekretariat des EDI bekannt, dass **Bundesrat Pascal Couchepin** die Vereinigte Bundesversammlung, die Wahlbehörde für den Bundesrat, von seiner Absicht in Kenntnis gesetzt hat, **die Regierung per 31. Oktober 2009 zu verlassen**. Die Ersatzwahl findet am 16. September statt.

An der Sitzung vom 19. Juni 2009 verabschiedet der Zentralvorstand der SVP das **Positionspapier sowie die Resolution über Auslandseinsätze der Schweizer Armee einstimmig** zuhanden der Delegiertenversammlung. Das Gremium sagt somit **Nein** zum Einsatz NAVFOR Atalanta (Pirateneinsatz).

Delegiertenversammlung in Altstätten (SG) vom 20. Juni 2009 Zur Armeepolitik und den Auslandseinsätzen

Die Delegierten der SVP Schweiz treffen sich am 20. Juni 2009 in **Altstätten (SG)**. Im Zentrum der **Delegiertenversammlung** stehen die **Armee und die Einsätze am Horn von Afrika**. Vorgestellt wird ausserdem eine Resolution zum Einsatz NAVFOR Atalanta worin **die SVP Bundesrat und Parlament auffordert, auf die Teilnahme an der Operation NAVFOR Atalanta (Pirateneinsätze) zu verzichten**. Die Schweizer Defensivarmee hat sich aus dem Kampf um Einfluss zwischen Grossmächten herauszuhalten und die Neutralität unbedingt zu bewahren. Ihr oberster Auftrag ist die Landesverteidigung. **Deshalb verabschieden die SVP-Delegierten die Resolution fast einstimmig mit 293:2 Stimmen**. Ebenfalls verabschiedet die Delegiertenversammlung ein **Positionspapier zu Auslandseinsätzen der Schweizer Armee**.

Pressekonferenz der SVP vom 25. Juni 2009

„AHV plündern – Steuern erhöhen? Nein!“

Das Überparteiliche Komitee gegen die Erhöhung der Mehrwertsteuer eröffnet den Abstimmungskampf:

Am 27. September 2009 stimmt das Schweizer Stimmvolk über die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 8 Prozent ab. Einmal mehr sollen der Bevölkerung 1.2 Milliarden Franken zusätzliche Mittel aus der Tasche gezogen und zusätzlich 5 Milliarden Franken aus der AHV in die marode IV transferiert werden. Ein aus Vertretern der bürgerlichen Parteien und Wirtschaftsverbände zusammengesetztes überparteiliches Komitee lehnt die Erhöhung der Mehrwertsteuer sowie die Plünderung der AHV entschieden ab.



JULI

Mit der Unterstützung der Petition „**für 24h-Shops an Tankstellen**“ setzt die SVP ein Zeichen gegen die Verbotspolitik und für die Freiheit der Bürger. Gerade in Krisenzeiten sind derartige Eingriffe in die Gewerbefreiheit äusserst schädlich und gefährden Arbeitsplätze.

Die SVP hat mit Befremden von der weiter steigenden Zahl der Asylgesuche Kenntnis genommen. Eine **Zunahme** gegenüber dem Vorjahr von **41,2 %** im ersten Halbjahr 2009 ist ein unhaltbarer Zustand. Dieser Anstieg ist die Folge von Fehlansätzen im Asylwesen. Soll die Asylpolitik des Bundes nicht zum Desaster werden, sind nun rasch einschneidende Massnahmen notwendig. Peinlich wirkt der Verweis des Bundesamtes für Migration auf den Erfolg des Dublin-Abkommens. 547 vollzogene Überstellungen an andere Dublin-Staaten bei insgesamt 8'392 Asylgesuchen sind wahrlich keine Meisterleistung.

Mit der einseitigen Einführung des **Cassis-de-Dijon Prinzips** werden die Schweizer Produzenten gegenüber der europäischen Konkurrenz benachteiligt und die Position der Schweiz einmal mehr geschwächt. Die Parteileitung der SVP Schweiz beantragt dem **Zentralvorstand** deshalb, **das Referendum gegen diese Gesetzesänderung** am 21. August 2009 an seiner Sitzung in Chur zu **unterstützen**.

Rede und Inserat zum 1. August: Immer häufiger werden die Schweizer Grundwerte wie **Freiheit, Neutralität und Eigenverantwortung** durch die aktuelle Politik untergraben und gefährdet. SVP-Präsident Toni Brunner ruft in seinen Gedanken zum 1. August, die als ganzseitiges Inserat in allen grossen Zeitungen unseres Landes erscheinen, die Bürgerinnen und Bürger dazu auf, sich konsequent für diese Werte einzusetzen. Die ganze Rede von Nationalrat Toni Brunner, sowie ein Interview mit dem SVP-Präsidenten als Web-TV-Beitrag kann auch auf der neu gemachten Homepage www.svp.ch abgerufen werden.

WEHRT EUCH, SCHWEIZERINNEN UND SCHWEIZER!



Gedanken von
SVP-Präsident Toni Brunner
zum 1. August

Liebe Bürgerinnen und Bürger



Am 1. August feiern wir den Geburtstag unseres Landes. Wir erinnern uns an den Ursprung der Schweiz.

Die Sorge um Familie, Hab und Gut, der Wille zur Freiheit, Unabhängigkeit und Eigenverantwortung standen am Anfang der Eidgenossenschaft. Diese Werte haben unser Land stark gemacht und während Jahrhunderten geschützt. Sie haben uns Wohlstand und Sicherheit gebracht – in guten wie in schlechten Zeiten. Die gemeinsamen Grundwerte der Eidgenossenschaft sind im Bundesbrief von 1291 festgehalten. Im Hinblick auf die Ängste der Zeit: gewichen sich die Götter unseres Landes gegenseitig Hilfe und Schutz. Sie versprachen die gegenseitige Abwehr von Angriffen und den Verzicht auf fremde Richter. Die Schweiz hat es als armes Land zur Zeit unserer Gründerväter an die Spitze geschafft. Sie ist ein Erfolgsmodell und stand noch bis vor kurzem als leuchtendes Beispiel für Demokratie, Qualität und wirtschaftlichen Erfolg.

Diese Erfolgsgeschichten sind nun aber in Gefahr. Bundesrat und Parlament stellen durch ihr Handeln die Grundwerte und stärken unseres Landes immer mehr in Frage.

Der Bürger zahlt die Zeche
Die Politiker lassen die Schuldenwirtschaft wieder aufblühen. Bürgerinnen und Bürger werden im Gegenzug immer stärker durch Steuern, Gebühren, Zwangsgebühren und Krankenkassenbeiträge belastet. Es drückt immer weniger zum Leben. Jetzt soll – mitten in der Wirtschaftskrise – auch noch die Mehrwertsteuer auf die erhöht werden. Damit werden auch die Nahrungsmittel und die Dinge des täglichen Gebrauchs teurer. Die Volksabstimmung vom 27. September gibt uns zum Glück die Möglichkeit, diesen Unstinn abzulehnen.

Die Sozialwerke am Boden
Die Politiker haben die Sozialwerke überladen. Die Kosten für das Gesundheitswesen explodieren, ohne dass Gegenmassnahmen gegeben werden. Die hohen Krankenkassenprämien sind für viele Familien nicht mehr tragbar. Die Invalidenversicherung ist überschuldet und wird von In-Beträgen systematisch ausgenutzt. Nun soll auch noch die AHV durch Bundesrat und Parlament wieder der AHV – zusätzlich zu einer Erhöhung der Mehrwertsteuer – 5 Milliarden Franken wegnehmen und der maroden Invalidenversicherung zuführen. Stoppen wir am 27. September mit einem Nein an der Urne diesen perfiden Raubzug!

Den Bundesbrief von 1291 finden Sie auf www.admin.ch/borg/politi
Mit einer Spende auf PC 30-8828-5 unterstützen Sie dieses Inserat. Herzlichen Dank!

Die Abschaffung der Familie
Die Politiker wollen uns nicht nur als Portemonnaie, sondern auch an unsere Kinder. Der Bundesrat legt eine Kindererziehungsabordnung vor, welche die Betreuung unserer Kinder reglementiert. Grosseltern, Tanten, Onkel und Grossen brauchen in Zukunft eine Bewilligung, wenn sie unsere Kinder hüten wollen, oder müssen besondere Auflagen erfüllen. Die Schulen werden immer mehr zum Versuchs- labor von Bildungsbürokraten. Die Kinder sollen bereits mit vier Jahren dem Staat übergeben werden. Eine gute Ausbildung und die Vorbereitung auf das Leben bleiben hingegen auf der Strecke. Familien, die ihre Kinder nicht hüten lassen wollen, sollen nach Meinung des Bundesrats in Zukunft steuerlich bestraft werden. Die SVP lehnt sich deshalb vehement, eine Volksinitiative vorzubereiten, damit Steuerabzüge allen Familien zugutekommen.

Freiheit und Unabhängigkeit werden preisgegeben
Man muss sich heute die Frage stellen, ob die Politiker auch daran sind, unser Land zu verschonen. Die Schweiz büsst sich immer stärker ausländischem Druck. Offene Grenzen und eine lasche Asyl- und Ausländerpolitik haben zu einer unkontrollierten Einwanderung geführt. Das steht nicht nur in der Rezession. Weniger Jobs für Schweizer, mehr Arbeitslosigkeit und eine Fülle ausländischer Sozialhilfeempfänger. Die Schäden unseres Wirtschaftsstandortes und der Schutz des Privatigentums wurden dafür aufgegeben. Das Bundeslandgewinn, ein Freiheitsrecht zum Schutz des Bürgers, ist in Gefahr. Unsere Wirtschaft wird gequert, einseitig Normen anderer Staaten anzunehmen, ohne Gegengerecht zu erhalten. Die Landwirtschaft soll schuldlos der Konkurrenz aus billigen Ländern ausgesetzt werden. Unsere Neutralität wird Schritt für Schritt unterlaufen. Viele Politiker wollen in die EU. Die Schweiz wird immer weniger sicher. Die Unsicherheit in den Städten ist heute für Junge und Alte real und spürbar. Dafür soll unsere Armut Pfaffen auf den Weltmeeren zahlen. Die SVP wird diesen Vorschlag gegen die Neufassung im Parlament konsequent bekämpfen – ebenso den EU-Beitritt.

Wie kommt es nach über 700 Jahren so weit kommen? Wie konnten Politiker unsere Grundwerte derart in Frage stellen? Wahn wird das noch Rühren!

Wir müssen jetzt handeln
Viele Menschen machen sich heute Gedanken über die Zukunft unseres Landes. Bei aller Ängstlichkeit der Zeit dürfen wir aber nicht verzagen. Es gibt noch Hoffnung. Die gemeinsame Basis unseres Landes

Ist stark. Wir müssen uns auf die Grundwerte und die Stärken der Schweiz beziehen. Wir Bürgerinnen und Bürger müssen den Führern im Staat den Weg weisen. Daran wird auch Schweizerinnen und Schweizer, erhebt eure Stimme! Das Volk hat die Möglichkeit, an der Urne bei Abstimmungen und Wahlen Veränderungen herbeizuführen. Machen wir davon Gebrauch. Erheben wir den Gedanken des Bundesbriefes. Gestalten wir gemeinsam die Zukunft. Packen wir Projekte an, die unsere Regierung im Volk breiter stützen und näher zu den Bürgerinnen und Bürgern bringen. Ich denke dabei auch an die Volkswahl des Bundesrats.

Selen Sie versichert, die SVP steht zur Schweiz und wird alles daran setzen, dass unser Land nicht untergeht und zu seiner Stärke zurückfindet. Wir sind dazu aber auf Ihre Hilfe angewiesen. Ich danke Ihnen für Ihren Mut und Ihr Engagement zugunsten einer unabhängigen und selbstbewussten Schweiz.

Ich wünsche Ihnen einen schönen und besinnlichen 1. August.

Ihr

Toni Brunner
Präsident SVP Schweiz

www.svp.ch



SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Pressekonferenz vom 11. August 2009 „Ankündigung einer bäuerlichen Kundgebung“

Die Situation der Milchbauern ist katastrophal, der Milchpreis auf einem historischen Tiefstand. Wir können dieser aktuellen Entwicklung in Verantwortung gegenüber den Bauernfamilien nicht mehr länger zusehen. Die Sorge um die einheimische, produzierende Milch- und Landwirtschaft führt **BIG-M, das BZS und die SVP dazu, am 29. August 2009** gemeinsam zu einer Kundgebung einzuladen. Der „**Bauernaufstand Sempach**“ ist vorab eine Manifestation für eine Systemänderung im Milchmarkt und findet bei der Schlachtkapelle Sempach im Kanton Luzern statt.

SVP erwägt eigene Unternehmerkandidatur für Bundesrat

Der Vorstand der SVP-Fraktion hat an einer ausserordentlichen Sitzung eine umfassende Auslegeordnung über die Bundesratswahlen vorgenommen. Im Vorstand ist

der Druck für eine eigene SVP-Kandidatur gestiegen – im Vordergrund steht Nationalrat und Unternehmer Jean-François Rime. Der Fraktionsvorstand verurteilt die intransparente „Päcklipolitik“ der Abwählerpartei CVP mit den Linken. Diese Koalition hat bereits Christoph Blocher abgewählt und hätte Ueli Maurer als Bundesrat fast verhindert. Die SVP steht zur Konkordanz und ist mit 28,9 Prozent die mit Abstand wählerstärkste Partei in der Schweiz. Die SVP hat damit Anspruch auf zwei Sitze im Bundesrat. Auch wenn weit weniger stark, so ist die FDP mit 17,7 Prozent ebenfalls deutlich stärker als die CVP, welche bei den letzten Wahlen 14,5 Prozent erreichte. Nach den Regeln der Konkordanz hätten damit die drei wählerstärksten Parteien SVP, SP und FDP Anspruch auf zwei Sitze, die CVP auf einen Bundesratssitz.

Anlässlich der Sitzung vom 21. August stimmt der Zentralvorstand (ZV) der SVP dem Antrag des Leitungsausschusses zur Lancierung einer **Volksinitiative für die Volkswahl Bundesrat zuhanden der Delegiertenversammlung** und zur Unterstützung des **Referendums gegen die einseitige Einführung des Cassis-de-Dijon** Prinzips zu. Ebenfalls fasst der ZV mit 58:0 Stimmen die JA-Parole zum Bundesbeschluss über den Verzicht auf die Einführung der allgemeinen Volksinitiative vom 27.09.2009.

Delegiertenversammlung in Chur (GR) vom 22. August 2009 Bundesrat wohin?

An der Delegiertenversammlung vom 22. August steht die **Volkswahl des Bundesrats** im Zentrum. Die Volkswahl des Bundesrates **stärkt die direkte Demokratie unseres Landes**. Die Bevölkerung kann auf allen Ebenen mitbestimmen und ihre Vertreter in die Behörden wählen. Diese Mitbestimmung gilt es durch die Volkswahl des Bundesrats auch auf Bundesebene zu verankern. Deshalb sprechen sich die Delegierten mit 358:28 Stimmen zunächst **zugunsten einer Lancierung einer Volksinitiative für die Volkswahl des Bundesrates aus**. Weiter wird mit 279:97 (bei 28 Enthaltungen) beschlossen, dass der definitive Initiativtext erst an der nächsten Delegiertenversammlung vom 3. Oktober in Genf verabschiedet werden soll.

29. August: Eindrücklicher Bauernaufstand in Sempach – nun muss der Bundesrat handeln

Über 10'000 Bäuerinnen und Bauern sowie zahlreiche der Landwirtschaft nahe stehende Bürgerinnen und Bürger aus der ganzen Schweiz bringen vor der Schlachtkapelle in Sempach im Rahmen des von SVP, Bäuerlichem Zentrum Schweiz und BIG-M organisierten Bauernaufstandes ihre Sorge und ihren Unmut über die unhaltbaren Zustände im Milchmarkt und in der Landwirtschaft zum Ausdruck. Eine Systemänderung im Milchmarkt ist dringend notwendig. Der Bundesrat wird in einer Resolution aufgefordert, einen dringlichen Bundesbeschluss vorzulegen für eine privatrechtliche Mengensteuerung durch die Produzenten, an die sich sämtliche Milchproduzenten zu halten haben. Zudem soll der Bundesrat die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit der EU abbrechen.

SEPTEMBER

In ihrer Medienmitteilung vom 3. September 2009 erklärt die Bundeskanzlei die am 11. August 2009 von der AUNS mit Unterstützung der SVP eingereichte eidgenössische Volksinitiative **«Für die Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik (Staatsverträge vors Volk!)»** als formell zustande gekommen. Die Prüfung der

Unterschriftenlisten durch die Bundeskanzlei hat ergeben, dass von insgesamt 111'285 eingereichten Unterschriften 108'579 gültig sind.

Pressekonferenz Seniorenkomitee vom 4. September 2009

„AHV NICHT AUFS SPIEL SETZEN!“

Ein aus SVP-Senioren zusammengesetztes Komitee tritt an die Öffentlichkeit. Die Vorlage über die Erhöhung der Mehrwertsteuer vom 27. September 2009 gefährdet unsere AHV. Die Missstände in der IV müssen bekämpft und dürfen keinesfalls weiterhin mit zusätzlichen Steuern sowie 5 Milliarden Franken Rentenkapital aus dem AHV-Fonds finanziert werden. Dazu kommt, dass von der Mehrwertsteuererhöhung auf 8 Prozent vor allem auch Rentner betroffen sind. Das Seniorenkomitee fordert, dass die IV zuerst saniert wird, bevor zusätzliche Steuermilliarden fliessen.

**AHV für Miss-
bräuche plündern?**



**Ich stimme
NEIN
zur MwSt-
Erhöhung**

Hanspeter Seiler, alt Nationalrat, Oberhofen

**... weil 5 Milliarden AHV-
Franken nicht zweckent-
fremdet werden dürfen.**

Seniorenkomitee, Postfach 8252, 3001 Bern
PC 30-547125-2. Besten Dank für Ihre Unterstützung.

144.9.134

Bundesratswahl vom 16. September 2009:

Gemäss der Konkordanz hat die SVP und schwächer belegt die FDP Anspruch auf den frei werdenden Sitz in der Landesregierung. Die CVP hat als viertstärkste Partei keinen Anspruch. Als Konsequenz daraus hat die SVP-Fraktion am 15.9.2009 einstimmig beschlossen, dem CVP-Kandidaten keine Stimme zu geben. Nach den mit den beiden FDP-Kandidaten durchgeführten Hearings hat die SVP-Fraktion entschieden, Nationalrat Christian Lüscher zu unterstützen.

Herbstsession 2009 (07. – 25. September 2009)

1. Sessionswoche

Zu Beginn der Herbstsession 2009 wird Andreas Brönnimann (EDU, BE) als Nachfolger von Christian Waber als Nationalrat vereidigt. Er tritt der SVP Fraktion bei. Der Nationalrat spricht sich entgegen dem Willen der SVP klar für die Ausrichtung der Osthilfe an Bulgarien und Rumänien aus und tritt nicht auf das Bundesgesetz über die technische Sicherheit ein. Weiter berät der Nationalrat als Erstrat über die dringlichen Massnahmen zur Kostensenkung im KVG. Eingeführt werden ein differenzierter Selbstbehalt, ein obligatorischer Telefondienst sowie eine Mindestvertragsdauer von 3 Jahren bei der Wahl einer hohen Franchise. Verworfen werden die Erhöhung der Prämienverbilligung um 200 Millionen Franken, die Einführung einer Praxisgebühr sowie die Aufhebung des Vertragszwanges. Ebenfalls debattiert der Nationalrat über die Familienbesteuerung und reduziert den Fremdbetreuungsabzug von 12'000 auf 10'000 Franken, ohne aber die Diskriminierung der traditionellen Familien zu beseitigen. Der Ständerat genehmigt das Rüstungsprogramm, lehnt die Tierschutzanwalts-Volksinitiative ab und berät das III. Konjunkturprogramm. Bei diesem wird eine Bestimmung eingefügt, welche die Rückvergütung der CO2-Abgabe beschleunigt. Schliesslich spricht sich die kleine Kammer entgegen dem Willen der SVP für die Anti-Piraterie-Operation Atalanta aus.

2. Sessionswoche

Die Vereinigte Bundesversammlung wählt Didier Burkhalter (FDP, NE) im 4. Wahlgang zum 112. Mitglied der Landesregierung. Mit der Wahl des FDP-Mannes wird dem erneuten Versuch von CVP und Linksparteien, die Konkordanz endgültig abzuschaffen, eine Abfuhr erteilt. Der Nationalrat tritt entgegen dem Willen der SVP knapp auf das III. Konjunkturprogramm ein, streicht nachher aber Punkt für Punkt wieder aus der Vorlage heraus. Ebenfalls hält die grosse Kammer daran fest, die kalte Progression auf 2010 hin in Kraft zu setzen. Weiter wird eine von der SP einberufene ausserordentliche Session zur Thematik Konjunktur und Arbeitslosigkeit durchgeführt und ein Kommissionsvorstoss der Verkehrskommission verworfen, welche die Lücken im FinöV-Fonds unter konjunkturellen Titeln auffüllen wollte. Weiter tritt der Nationalrat nicht auf die Operation Atalanta ein und lehnt einen Vorstoss der SVP-Fraktion zum Verzicht auf Auslandeinsätze ab. Ebenso wurde entgegen dem Willen der SVP zwei Weiterentwicklungen des Schengen-Rechts zugestimmt. Der Ständerat lehnt eine Volksinitiative zum masslosen Wohnungsbau ab. Beim EU-Media-Programm hält die kleine Kammer knapp am Werbeverbot für Alkohol fest.

3. Sessionswoche

Die Vereinigte Bundesversammlung wählt Christian Herrmann (SVP, BE) als Bundesrichter – seine Gegenkandidatin aus der FDP erhält deutlich weniger Stimmen. Damit ist die SVP zum ersten Mal in ihrer Geschichte mit 10 Richtern am Bundesgericht vertreten. Der Nationalrat erhöht die Fraktionsbeiträge um insgesamt 916'000 Franken zu Gunsten der Fraktionen entgegen dem Willen der SVP. Der Nationalrat hält an seiner Entscheidung für ein entschlacktes drittes Konjunkturprogramm fest. Gutgeheissen wird die Unterstützung der Ausbildung im Energie- und Gebäudebereich. Weiter beschliesst der Nationalrat zum 2. Mal Nichteintreten auf den Atalanta-Einsatz vor Somalia, womit die Vorlage definitiv gestorben ist. Der Ständerat bereinigt die letzte Differenz betreffend der Möglichkeit des bedingten Rückzuges von Volksinitiativen und lehnt verschiedene Vorstösse zur Realisierung von FinöV-Projekten ab. Die kleine Kammer diskutiert weiter über verschiedene Vorstösse zur

Verschärfung des Strafrechts. Angenommen wird eine Motion der SPK-NR, welche die Landessprache als Voraussetzung für die Einbürgerung verlangt. Ebenfalls angenommen wird ein Vorstoss der SVP-Fraktion, welcher die Ausschaffung von Ausländern verlangt, die die Integration verweigern. Abgelehnt wird ein Vorstoss von Maximilian Reimann, welcher die fallweise Anwendung des Erwachsenenstrafrechts auf Jugendliche forderte.

Beide Räte stimmen den Anträgen der Einigungskonferenz zur Kalten Progression (Inkrafttreten 2011), zum EU-Mediaprogramm (Zulassung von Alkoholwerbung) sowie zum III. Konjunkturprogramm (grossmehrheitlich dem SR folgend) zu. Ebenso heissen beide Räte, entgegen dem Willen der SVP, die temporäre Aufstockung der Richterstellen am Bundesverwaltungsgericht zur Behandlung der Beschwerden in Sachen UBS-USA gut.

27. September 2009: Volksabstimmung

Das aufgrund der Umfragen nicht erwartete knappe **Abstimmungsergebnis** vom **27. September 2009** über die „**IV-Zusatzfinanzierung**“ durch Anhebung der Mehrwertsteuer wertet die SVP als grossen Erfolg. Unter dem Eindruck, dass die Sanierung der Invalidenversicherung umgehend angepackt wird, hat sich das Schweizer Volk knapp für die befristete Erhöhung der Mehrwertsteuer ausgesprochen (**Stände: 12 Ja zu 11 Nein**). Damit haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zum Ausdruck gebracht, dass Missbräuche konsequent bekämpft werden müssen und die 6. IV-Revision nun schnell anzupacken ist. **Die SVP wird weiterhin für tiefe Steuern kämpfen und darauf pochen, dass die heute beschlossene befristete Erhöhung der Mehrwertsteuer auch wirklich befristet bleiben wird.**

Die Vorlage „**Verzicht auf die Einführung der allgemeinen Volksinitiative** vom 19. Dezember 2008“ welche ohnehin nie angewendet wurde, da sie viel zu komplex war, wird erwartungsgemäss angenommen.

Kantonale Abstimmungen: Die konsequent auf Eigen- und Erziehungsverantwortung beruhende **Bildungspolitik der SVP setzt sich erneut in den Kantonen Uri und Zug gegen die von Bildungsbürokraten ausgearbeitete schweizweite Harmonisierung (HarmoS) durch.** Damit ist die Allgemeinverbindlichkeit trotz Annahme von HarmoS im Kanton Bern definitiv vom Tisch.

Pressekonferenz vom 29. September 2009

„Die 6. IV-Revision hat die IV zu sanieren“

Die SVP legt ein umfassendes Sanierungskonzept für die Invalidenversicherung vor. Das vorgelegte SVP-Sanierungskonzept umfasst detaillierte Sparmassnahmen im Umfang von jährlich 68 Millionen Franken im Jahr 2009 bis 2'149 Millionen Franken im Jahr 2020. Es liegt alleine am politischen Willen der JA-Sager-Parteien, ob man jetzt wirklich, wie dem Volk versprochen, umfassende Sanierungen anpacken will. Mit dem Konzept der SVP ist die IV bis ins Jahr 2020 schuldenfrei und weist eine ausgeglichene Rechnung auf.

OKTOBER

1. Oktober: Das von der SVP unterstützte **Referendum** gegen die **Einführung des Cassis-de-Dijon-Prinzips** ist **gescheitert**. Die erforderlichen 50'000 Unterschriften sind nicht zusammengekommen.

Der Zentralvorstand (ZV) tagt am 2. Oktober und fasst die Parolen für den 29. November 2009: Der ZV verwirft mit 40 zu 0 NEIN-Stimmen die Volksinitiative „Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten“ klar. Den „Bundesbeschluss zur Schaffung einer Spezialfinanzierung für Aufgaben im Luftverkehr“ unterstützt der ZV mit 45 Ja zu 3 Nein bei 1 Enthaltung.

Delegiertenversammlung in Genf vom 3. Oktober 2009 **Stärkung der direkten Demokratie**

Mit der Volkswahl des Bundesrats sollen endlich die unwürdigen Spiele im Parlament im Zusammenhang mit den Bundesratswahlen beendet werden und das Volk über die eigene Regierung auch auf Bundesebene bestimmen. Die Delegierten haben den vorgeschlagenen Initiativtext mit 217 zu 97 Stimmen genehmigt.

Die SVP kämpft seit Jahren dafür, dass die Regeln in unserem Land für alle zu gelten haben. Die zunehmende Islamisierung der Schweiz birgt die Gefahr der Bildung von sogenannten Parallelgesellschaften. Diese Entwicklung gefährdet das friedliche Zusammenleben von Religionen und Kulturen und birgt das Risiko der Unterwanderung unseres Rechtsstaates. Die Volksinitiative «Gegen den Bau von Minaretten» will dieser Entwicklung entgegenwirken. Die Delegierten fassen die **JA-Parole zugunsten dieser vom „Egerkinger-Komitee“ lancierten Volksinitiative „Gegen den Bau von Minaretten“**, welche am 29. November 2009 zur Abstimmung kommt, klar mit 288 zu 3 Stimmen bei 3 Enthaltungen.

Die von linken Gegnern der Volksinitiative „Gegen den Bau von Minaretten“ regierte Stadt Basel verhängt ein Publikationsverbot für das Anti-Minarett-Plakat der Initianten des Egerkinger-Komitees. Weitere Städte erwägen ebenfalls ein Verbot. Auch Medienhäuser weigern sich, das Anti-Minarett-Plakat der Initianten zu publizieren. Eine **Diskussion um die Meinungsfreiheit** folgt umgehend.



Sonderparteitag in Wauwil (LU) vom 31. Oktober 2009 Stärkung der Schweizer Landwirtschaft

Die Delegierten **verabschieden** am Sonderparteitag in Wauwil die „**Resolution zur Stärkung der Schweizer Landwirtschaft**“ einstimmig. Mit der Umsetzung dieser Resolution kann sichergestellt werden, dass die Schweizer Landwirtschaft den vom Volk in Verfassung und Gesetz verankerten Auftrag der nachhaltigen und sicheren Versorgung der Bevölkerung mit gesunden Nahrungsmitteln, der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlage und der Pflege der Kulturlandschaft sowie der dezentralen Besiedelung des Landes erfüllen kann.

Resolution der SVP zur Stärkung der Schweizer Landwirtschaft

Zur Erhaltung und Stärkung der Schweizer Landwirtschaft fordert die SVP Schweiz anlässlich ihres Sonderparteitages vom 31. Oktober 2009 von Parlament und Bundesrat:

- den Abbruch der Verhandlungen über ein EU-Agrarfreihandelsabkommen. Die Schweizer Landwirtschaft hat kürzere Spiesse als die Konkurrenz in der EU (siehe Liberalisierung Käsemarkt) und hätte durch den Freihandel mit Einkommenseinbussen von bis zu 50% zu rechnen, was einem Todesstoss für unsere Schweizer Bauernfamilien gleich käme;
- die Schweizer Verhandlungsdelegation zu verpflichten, den Antrag zu stellen, dass die Landwirtschaft sowie die Nahrungsmittel bei den Verhandlungen im Rahmen der WTO auszuklammern sind und den Zielen der Doha-Runde entgegenzutreten ist. Zusätzlich soll jedem Staat die Versorgungssicherheit und die Ernährungssouveränität gewährt werden. Ein Abschluss der Doha-Runde hätte für die Landwirtschaft vernichtende Folgen;
- einen dringlichen Bundesbeschluss für eine privatrechtliche, allgemeinverbindliche Milchmengensteuerung, an die sich sämtliche Produzenten zu halten haben. Damit soll ein Milchpreis ermöglicht werden, der es den Bauernfamilien erlaubt, sich eigenverantwortlich den Herausforderungen der Zukunft zu stellen;
- eine Revision des Raumplanungsgesetzes für den ländlichen Raum. Die vorhandene und erschlossene Bausubstanz muss vollumfänglich und flexibler genutzt, erweitert, umgebaut oder abgerissen und wiederaufgebaut werden können. Der knappe Boden, welcher der Landwirtschaft noch zur Verfügung steht, darf nicht für die Renaturierung von Fliessgewässern oder die Ausdehnung der Waldflächen geopfert werden;
- auf die Bildung einer Bilanzreserve für Begleitmassnahmen in der Landwirtschaft zu verzichten. Bundesrat und Parlament sollen ihren Willen zur Erhaltung der einheimischen Landwirtschaft durch Massnahmen zur Förderung dezentraler Strukturen und multifunktionaler Betriebe zeigen, nicht aber durch „Sterbeprämien“;
- keine neuen Richtlinien und Vorschriften im Tier-, Gewässer- und Umweltschutz, die zu höheren Produktionskosten gegenüber dem Ausland führen. Bürokratische und administrative Erschwernisse sind, wo immer möglich, abzubauen. In Erfüllung der Investitionssicherheit sollen nach neuesten Erkenntnissen realisierte Bauten und Einrichtungen während mindestens 30 Jahren ab Inbetriebnahme, auf Grund neuer Gesetze, Verordnungen oder Richtlinien, nicht verändert werden müssen;
- den Viehexport weiterhin zur Stärkung der Grünlandbetriebe vor allem im Hügel- und Berggebiet zu fördern. Wird kein Jungvieh mehr aufgezogen, führt dies zu einer Vergandung der Alpen, was auch für den Tourismusstandort Schweiz negative Folgen hätte.

Mit der Umsetzung dieser Resolution kann sichergestellt werden, dass die Schweizer Landwirtschaft den vom Volk in der Verfassung verankerten Auftrag der nachhaltigen und sicheren Versorgung der Bevölkerung mit gesunden Nahrungsmitteln, der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlage und der Pflege der Kulturlandschaft sowie der dezentralen Besiedelung des Landes erfüllen kann.

☐ Ich möchte gerne Mitglied der SVP werden.
☐ Ich möchte mich zuerst näher informieren. Bitte senden Sie mir Ihre Parteunterlagen zu.

Name / Vorname: _____
 Adresse: _____
 Ort / Lieu: _____ Kanton / Canton: _____
 Anzahl Gästerausweise: _____

Ausschneiden und senden an: Schweizerische Volkspartei, Postfach 8252, 3001 Bern oder per Fax an 031 300 08 19 oder per Mail an: gastsch@svp.ch, www.svp.ch



NOVEMBER

Wintersession 2009 (23. November - 11. Dezember 2009)

1. Sessionswoche

Zu Beginn der Session steht wie üblich die Neubestellung der Ratspräsidien auf dem Programm. Der Nationalrat wählt mit 174 von 182 Stimmen Pascale Bruderer-Wyss (SP/AG) zur neuen Präsidentin. Hansjörg Walter (SVP/TG) wird mit 149 von 182 Stimmen zum zweiten Vizepräsidenten gewählt. Der Ständerat wählt Erika Forster-Vannini (FDP/SG) zur Präsidentin. Maximilian Reimann (SVP/AG) wird mit 29 von 42 Stimmen als Ersatzstimmenzähler gewählt.

Der Nationalrat verheiratet zwei Vorlagen, die inhaltlich nichts miteinander zu tun haben – die Erhöhung der Wasserzinsen sowie die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV). Die SVP unterliegt mit einem Nichteintretenseintrag. Das Parlament beschliesst, die Fraktionsbeiträge, nicht um 916'800, sondern gar um 2'587'800

Franken zu erhöhen. Die SVP droht vergeblich mit der Lancierung einer Volksinitiative zum Erhalt des Milizprinzips. Der Nationalrat lehnt eine parlamentarische Initiative Gross im Sinne der SVP ab, welche Gratis-Werbespots für Parteien im Vorfeld von Abstimmungskämpfen hätte zulassen wollen. Weiter stimmt der Nationalrat gegen den Willen der SVP dem UNO-Übereinkommen über die Immunität der Staaten und ihres Vermögens sowie einer parlamentarischen Initiative seiner staatspolitischen Kommission zu, die verlangt, dass herkömmliche Identitätskarten weiterhin ausgestellt werden können. Zum andern soll die obligatorische Speicherung biometrischer Daten nicht obligatorisch sein. Damit wird den von der SVP im Vorfeld der Abstimmung über den biometrischen Pass geäusserten Bedenken Rechnung getragen. In der Europapolitik heisst der Nationalrat entgegen dem Willen der SVP ein Postulat Markwalder zur grundsätzlichen Überprüfung der EU-Politik gut und lehnt eine Initiative Estermann zur Hinfällig-Erklärung des EU-Beitrittsgesuchs ab. Der Ständerat heisst als Erstrat den Bundesvoranschlag 2010 gut und folgt weitestgehend dem Bundesrat.

2. Sessionswoche

Der Ständerat verlängert entgegen dem Willen der SVP das Moratorium für gentechnisch veränderte Tiere und Pflanzen in der Landwirtschaft bis 2013 verlängert. Ebenfalls hat der SR im indirekten Gegenvorschlag zur Initiative „Lebendiges Wasser“ des Fischereiverbandes die letzten Differenzen ausgeräumt und ohne Diskussion der Änderung des Energiegesetzes zugestimmt. Bei der Beratung des Voranschlages scheiterte die SVP mit ihrem Rückweisungsantrag verbunden mit dem Auftrag Kürzungen in der Höhe von 1.5 Milliarden Franken vorzunehmen. Die SVP lehnte sowohl den Voranschlag 2010 sowie den Nachtrag II zum Voranschlag 2009, welcher über 100 Millionen zusätzlich für die explodierenden Asylkosten vorsieht, ab. Die Ratsmehrheit stimmte beiden Vorlagen klar zu. Bei der Beratung des Postmarktgesetzes stimmte der SR der Öffnung des Postmarktes zu. Der Ständerat beharrte beim Waffengesetz darauf strengere Bestimmungen einzuführen. Weiter hat die kleine Kammer im Rahmen der Aktienrechtsrevision ein einheitliches Rechnungslegungsrecht verabschiedet. Neu werden die Anforderungen an die Buchführung nach der wirtschaftlichen Bedeutung des Unternehmens und nicht mehr nach der Rechtsform festgelegt. Am 2. Dezember 2009 wählte die Vereinigte Bundesversammlung Doris Leuthard (CVP/AG) zur Bundespräsidentin. Sie erhielt 158 von 183 gültigen Stimmen und erzielte damit ein mittelmässiges Resultat. Eine Ohrfeige kassierte Moritz Leuenberger (SP/ZH) bei der Wahl ins Vizepräsidium. Er erhielt lediglich 128 von 187 gültigen Stimmen.

Am 3. Dezember 2009 wurde im Nationalrat eine von der SVP verlangte ausserordentliche Session über die Landwirtschaft durchgeführt. Die drei SVP-Vorstösse zum Abbruch des Agrarfreihandels mit der EU, zur schrittweisen Verhandlung und sowie dem Herausbrechen der Landwirtschaftsthematik aus der WTO wurden knapp abgelehnt. Bundesrätin Leuthard erklärte sich jedoch aufgrund des Drucks bereit, die Milchmengensteuerung allgemeinverbindlich zu erklären. Damit konnte ein wichtiger Schritt für die produzierenden Milchbauern gemacht werden.

3. Sessionswoche

Die dritte Sessionswoche begann mit der Fragestunde, an welcher Seitens der SVP vor allem die Nachwirkungen der Abstimmungsverlierer der Minarett-Abstimmung thematisiert wurde. In der Differenzbereinigung des Voranschlages 2010 folgte der Nationalrat in der Frage des Personalaufwandes des Bundes dem Ständerat, und kürzte die Ausgaben diesbezüglich um 1 Prozent oder knapp 40 Mio. Fr. Dies entspricht einem Abbau von 300 bis 350 Stellen. Der Ständerat hat das Postorganisati-

onsgesetz beraten. Das Gesetz baut die Post zu einer Aktiengesellschaft unter der Kontrolle des Bundes um und hebt die Staatsgarantie sowie das Steuerprivileg auf. Nichts wissen will der Ständerat von einer Ausweitung der Bankaktivitäten. Im Weiteren beschloss der Ständerat mit 34 zu 2 Stimmen einen Kredit von 257 Millionen Franken für die beiden EU-Mitglieder Rumänien und Bulgarien. Uneinig sind sich die beiden Räte bei der Frage, ob nur staatliche oder auch private Stellen biometrische Daten erfassen dürfen. Der Nationalrat hält daran fest, die Datenerfassung durch Dritte nicht zu gestatten.

Es gelingt der SVP in Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien, zusätzliche ausgabenseitige Sanierungsvorschläge sowie eine Mindererhöhung der Lohnprozente von rund 200 Millionen Franken bei der Revision der Arbeitslosenversicherung im Nationalrat durchzubringen. Der Ständerat weist entgegen dem Willen der SVP-Vertreter die Ausschaffungsinitiative an die Kommission zurück mit dem Auftrag, die Initiative vertieft auf die Völkerrechtskonformität sowie die Möglichkeit eines direkten Gegenvorschlages zu prüfen. Weiter wandelt der Ständerat die grosse Mehrheit der vom Nationalrat überwiesenen Vorstösse zur Verschärfung des Strafrechts in Prüfungsanträge an den Bundesrat um. Der Nationalrat entscheidet, entgegen dem Willen der Kommission und des Bundesrates, die Aufsicht über die Bundesanwaltschaft nicht an eine vom Parlament zu wählende Aufsichtsbehörde, sondern dem Bundesrat zu übertragen. Dieser Entscheid ist aus SVP-Sicht sehr zu begrüssen. Entgegen dem Willen der SVP heisst der Nationalrat eine Änderung des Familienzulagengesetzes zur Einführung von Familienzulagen für Selbständigerwerbende gut.

Am Freitag 11. Dezember 2009 verlangt die SVP-Fraktion mit der Unterschrift sämtlicher in der Wintersession 2009 anwesenden 59 Fraktionsmitglieder die Einberufung einer ausserordentlichen Session zur unkontrollierbar gewordenen Zuwanderung aufgrund der Personenfreizügigkeit, der steigenden Ausländer- und Asylzahlen sowie die Folgen daraus für die Staatsfinanzen, die Sozialwerke, die Sozialhilfe, die öffentliche Infrastruktur, das Wohnungswesen, die Integration der ausländischen Wohnbevölkerung sowie die öffentliche Sicherheit. Die SVP Fraktion verlangt die Kündigung der Personenfreizügigkeit und Neuverhandlungen.

29. November 2009: Volksabstimmung

Die SVP ist erfreut über das mit **57.5% klare JA des Volkes zur Minarett-Initiative**. Damit sind die Diskussionen und die bisher herrschenden Unklarheiten rund um den Bau von Minaretten geklärt. Die Zustimmung zum Verbot der Minarette zeigt auch, dass sich das Schweizer Stimmvolk klar gegen die Entstehung von Parallelgesellschaften durch eine zunehmende Ausdehnung des Islams in der Schweiz stellt. Unsere Rechte haben für alle zu gelten. Die Zuwanderung ist zu kontrollieren. Wer sich nicht an unser Recht hält, hat das Land zu verlassen.

Die SVP freut sich über die klare Ablehnung **der Initiative „Für ein Verbot von Kriegsmaterial“**. Das Schweizer Volk hat damit einmal mehr dem wichtigen Grundsatz der autonomen Landesverteidigung zugestimmt. Das klare NEIN zur Initiative ist auch ein NEIN zur wirtschaftsfeindlichen, bürokratischen und arbeitsplatzvernichtenden Wirtschafts- und Armeepolitik der Linken.

Das **Ja zur Spezialfinanzierung von Aufgaben im Luftverkehr** ist von der SVP so erwartet worden und war unbestritten, da es dem Verursacherprinzip entspricht und eine Finanzierung von wichtigen Luftfahrtinfrastrukturen durch Einnahmen aus der Besteuerung des Verkehrsträgers ermöglicht.

Ausserordentliche Delegiertenversammlung in Pfäffikon (SZ) vom 5. Dezember 2009 „Stärkung der Familie“

Die Delegierten der SVP verabschieden in Pfäffikon SZ einstimmig die Lancierung der Volksinitiative zur Stärkung der Familie. Die SVP begrüsst die steuerliche Entlastung von Familien mit Kindern, wie sie in der Herbstsession vom Parlament beschlossen wurde. Für die SVP ist es jedoch unverständlich, weshalb das Parlament Eltern, welche ihre Kinder zuhause betreuen, benachteiligen will. Die Familieninitiative fordert, dass Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, für die Kinderbetreuung ein mindestens gleich hoher Steuerabzug gewährt wird wie Eltern, die ihre Kinder fremd betreuen lassen.

Pressekonferenz vom 29. Dezember 2009 „Legislaturzwischenbilanz“

Die SVP zieht Halbzeitbilanz zur Legislatur 2008-2011. Sie hat ein umfassendes Bilanz-Papier über die Erfolge und Misserfolge erstellt. Dank dem Einsatz der SVP konnten unter anderem die Pirateneinsätze vor Somalia verhindert und die Steuern um 1,6 Milliarden Franken gesenkt werden. Ebenfalls wird das Volk dank der Ausschaffungsinitiative der SVP bald über mehr Sicherheit für alle abstimmen können. Zudem hat die Partei in 8 von 11 kantonalen Wahlgängen gewonnen.

Bilanz

**Halbzeit-Bilanz der SVP,
Legislatur 2008 – 2011**

Das hat die SVP der Schweizer Bevölkerung vor den Wahlen 2007 versprochen:

Wir wollen für alle die Steuern senken.
 Wir wollen der Europäischen Union nicht beitreten.
 Wir wollen die kriminellen Ausländer ausschaffen.

Resultat

Steuern:

- Die SVP hat entscheidend mitgeholfen, dass die Steuern für Familien und Unternehmen insgesamt 1,6 Milliarden Franken gesenkt werden.
- Die SVP hat als einzige Partei konsequent gegen höhere Steuern, Abgaben und Gebühren gekämpft und verschiedene Vorstösse für Steuerentlastungen (gereichte Mehrwertsteuer, Ausreisepflichtsteuer, LSWA, CO2-Abgabe) durchgesetzt.
- Die SVP hat sich als einzige Partei konsequent für weniger Ausgaben und für gesunde Finanzen eingesetzt. Gegen den Willen der SVP wurden in der ersten Legislaturhälfte vom Parlament aber unnötige Ausgaben von über 12,7 Milliarden Franken beschlossen, die der Steuerzahler zusätzlich zahlen muss.

EU-Beitritt:

- Dank der SVP und der Mehrheit der Schweizer Bevölkerung ist die Schweiz nicht Mitglied der EU. Zu unserem Vorteil. Unsere Volkswirtschaft bleibt erhalten, und die Mehrwertsteuer steigt nicht auf 15 Prozent oder mehr.
- Die SVP hat als einzige Partei konsequent gegen den Beitritt zur EU gekämpft (keine Pirateneinsätze vor Somalia, keine Wiederholungskurse im Ausland) und so dafür gesorgt, dass die Neutralität unseres Landes nicht weiter untergraben wird.
- Die SVP lehnt ein Freihandelsabkommen für die Landwirtschaft mit der EU so wie weitere Konzessionen der Landwirtschaft im Rahmen der WTO ab. Demnach würde unsere Landwirtschaft noch mehr zerstört. Dank des Drucks der SVP stiegen die Vorbehalte gegen ein Freihandelsabkommen mit der EU. Das stärkt unsere Landwirtschaft.

Kriminelle Ausländer:

- Die SVP hat mit 211'000 Unterschriften eine Volksinitiative zur Ausschaffung krimineller Ausländer eingereicht. Das Volk kann so bald über mehr Sicherheit abstimmen.
- Die SVP bekämpft konsequent den Asyl- und Sozialmissbrauch. Ebenso hat die SVP die Missstände bei der Invalidenversicherung, dem Strafrecht und dem Strahlenschutz angeprangert. Die Politik wird so zur Bekämpfung der Missstände gezwungen, damit die Schweizer überlebt können.
- Die SVP verlangt: Personen, die in unserem Land leben, müssen die geltenden Gesetze befolgen und unsere christlich-abendländischen Traditionen und Wertvorstellungen respektieren und beachten. Ebenso bekämpft die SVP Parallelgesellschaften von ausländischen Gruppen. Dank der SVP können Schwärze und Verfall verhindert werden.

Weitere Erfolge für unsere Bevölkerung:

- Bildung: Die SVP hat verhindert, dass das Hemmi-Konkordat in der ganzen Schweiz umgesetzt wird. Das Resultat: In vielen Kantonen werden die Kinder nicht mit 4 Jahren zwangseingeschult. Die Eltern werden in der Erziehung nicht verunsichert.
- Volkswirtschaft: Die SVP lehnt die Ausbeutung unserer bewährten Volkswirtschaft durch internationale „Vollkorn“-Abkommen ab. Dank der Unterstützung der SVP wird das Volk über eine Volksinitiative abstimmen können, nach welcher Verträge mit anderen Staaten zwingend einer Volksabstimmung bedürfen. Wie wichtig es ist, die Volkswirtschaft zu verfestigen, hat die Diskussion über die Gültigkeit der Minaret-Initiative und der SVP-Ausschaffungsinitiative gezeigt.

Fazit: SVP auf Kurs

- Die SVP steht ohne Wenn und Aber zur Schweiz.
- Der Vertrag mit dem Volk wird eingehalten.
- Die SVP hält ihre Wahlversprechen.
- Wir kämpfen gegen Parallelgesellschaften.
- Wir stehen konsequent zur direkten Demokratie.

Die Bevölkerung hat die verlässliche Politik der SVP honoriert:

- Die SVP ist mit 20 Prozent Wähleranteil die mit Abstand stärkste Partei der Schweiz.
- Die SVP hat 8 von 11 kantonalen Wahlen in der laufenden Legislatur gewonnen.
- Die SVP hat in den Kantonen 12 Parlamentssitze dazugewonnen, während SP, FDP und CVP zusammen über 100 Sitze verloren haben.
- Die SVP hat in den letzten zwei Jahren 10'000 neue Mitglieder gewonnen. Die Mitgliederzahl ist auf über 90'000 gestiegen.

www.svp.ch

Aber: Die Arbeit ist noch nicht getan.

Helfen Sie mit: Werden Sie Mitglied der SVP!
Wählen Sie SVP. Denn SVP wählen heisst:
Die Schweiz stärken!

1 Ich möchte mich jetzt schon mit einer Unterschrift an der direkten Demokratie beteiligen.

2 Ich möchte mich jetzt schon mit einer Unterschrift an der direkten Demokratie beteiligen.

3 Ich möchte mich jetzt schon mit einer Unterschrift an der direkten Demokratie beteiligen.

4 Ich möchte mich jetzt schon mit einer Unterschrift an der direkten Demokratie beteiligen.

5 Ich möchte mich jetzt schon mit einer Unterschrift an der direkten Demokratie beteiligen.

6 Ich möchte mich jetzt schon mit einer Unterschrift an der direkten Demokratie beteiligen.

7 Ich möchte mich jetzt schon mit einer Unterschrift an der direkten Demokratie beteiligen.

8 Ich möchte mich jetzt schon mit einer Unterschrift an der direkten Demokratie beteiligen.

9 Ich möchte mich jetzt schon mit einer Unterschrift an der direkten Demokratie beteiligen.

10 Ich möchte mich jetzt schon mit einer Unterschrift an der direkten Demokratie beteiligen.

Ausdrucken und senden an: Schweizerische Volkspartei (SVP), Postfach 6262, 8001 Bern
 oder per Fax an: 031 260 20 20 oder per Internet: www.svp.ch
 Spenden auf PC-Konto: 20-000000

2. SVP-Frauen Schweiz und SVP Senioren Schweiz

Jahresbericht 2009 der SVP Frauen Schweiz

Der **Vorstand** der SVP Frauen Schweiz trifft sich zu drei Sitzungen. Wichtige Entscheide fallen bezüglich:

- Straffung der Organisation der SVP Frauen Schweiz aus Kostengründen, d.h. direkte Zusammenarbeit der Präsidentin mit dem Generalsekretär
- Neuorganisation der SVP Frauen in der Romandie 2010 unter Nationalrätin Alice Glauser
- Koordination der Aktivitäten unter den Vertreterinnen aus den Kantonen sowie gezielte Mobilisierung und Motivation bürgerlicher Frauen (gezielte Mitgliederwerbung, SVP Wählerinnenwerbung bei Nicht-Parteimitgliedern für kant. und eidg. Abstimmungen und Wahlen, Kandidatinnen-Vorbereitung/Evaluation für kommende Wahlen)

Die **Delegierten** treffen sich zu drei Plenarversammlungen. Die Märzversammlung im Bundeshaus in Bern dient der politischen Standortbestimmung. Als Gast schildert unser Parteipräsident, Nationalrat Toni Brunner, eindrücklich die aktuelle politische Lage der Schweiz und erwähnt explizit die Wichtigkeit von bürgerlich denkenden und handelnden Frauen. Umfassend orientiert Bundesrat Ueli Maurer über die Eidgenössische Volksinitiative „Für den Schutz vor Waffengewalt“. Die darauffolgende Diskussion ist lebhaft und in einer Konsultativabstimmung wird die Initiative mit grosser Mehrheit abgelehnt.

Im Juni treffen sich die Delegierten im Landratssaal in Liestal. Die Tagung steht unter dem Titel „Die Frau im Islam“. Als Referentin kann Frau Dr. Gabriele Berrer-Wallbrecht gewonnen werden. Der Vortrag ist sehr instruktiv und die anschliessende Diskussion äusserst rege. In einem zweiten Teil stellt Nationalrat Walter Wobmann die Volksinitiative „Gegen den Bau von Minaretten“ vor. Die Herbstversammlung findet in Montreux im Vorfeld des alle zwei Jahre durchgeführten „Rencontres nationales“ statt. Dabei wird erstmals eine Plenarversammlung in französischer Sprache abgehalten. Sie steht unter dem Titel: Islam/Scharia. Referierende sind David Vaucher, Nationalrätin Alice Glauser und Grossrätin Fabienne Despot.

Am „Rencontres nationales“ in Montreux sind die SVP Frauen Schweiz als Ehrengäste eingeladen. Sie nutzten die Gunst der Stunde sich als SVP Frauen von ihrer besten Seite zu zeigen.

Mit Presscommuniqués orientieren die SVP-Frauen Schweiz die Öffentlichkeit über ihre Parolen zu den Abstimmungsthemen und zu politischen Aktualitäten.

2009 wird ein Werbefilm „Die SVP Frauen“ produziert. Zu sehen ist dieser unter www.svp.ch, Organe > SVP Frauen Schweiz.

Jahresbericht 2009 der SVP Senioren Schweiz

Die SVP Senioren Schweiz sind eine Unterorganisation der Schweizerischen Volkspartei (SVP) und haben zum Ziel, ältere Personen umfassend über die politische Entwicklung in unserem Land zu informieren. Zu diesem Zwecke werden mehrmals pro Jahr Versammlungen mit den verantwortlichen Vertretern der kantonalen Sekti-

onen abgehalten. Dabei werden neben Abstimmungsparolen zu anstehenden Volksabstimmungen auch spezifische Themen, welche Senioren betreffen, besprochen.

Die ältere Bevölkerungsschicht nimmt stetig zu. Im Jahre 2008 waren bereits 16,6 Prozent der Einwohner über 65. Verglichen mit den Zahlen von 1970 bedeutet dies eine Zunahme von über 5 Prozent oder rund 560'000 Menschen in der Schweiz. Es ist wichtig, dass auch dieser wachsende und vor allem aktive Bevölkerungsteil eine Stimme hat und zu ihrem Recht kommt. Von besonderem Interesse sind dabei die Sicherung der Sozialwerke, die Problematik der Steuerbelastung, Fragen der Mobilität und Verkehrssicherheit sowie der Kampf gegen die Diskriminierung älterer Menschen. Aber auch das zukünftige Wohl unseres Landes sowie das Weitergeben an Erfahrung an die jüngeren Generationen sind für die Mitglieder ein wichtiges Anliegen. Die Senioren sind wie keine andere Bevölkerungsgruppe in der Lage, die Veränderungen in den letzten Jahrzehnten in unserem Lande aus eigenen Erfahrungen zu prüfen und zu beurteilen. Zu diesen Fragen der Veränderung wollen die Senioren ihren Beitrag leisten und mit den jeweiligen Pressecommuniqués ihre Einschätzungen der breiten Öffentlichkeit bekannt geben. Die Parolen und Pressemitteilungen der SVP Senioren sind unter der Adresse der Partei www.svp.ch abzufragen.

3. Vorstösse aus der SVP-Fraktion

Aus den Reihen der SVP-Bundeshausfraktion werden im Berichtsjahr **73 Fraktionsvorstösse, 25 Parlamentarische Initiativen, 125 Motionen, 22 Postulate, 128 Interpellationen und 48 Einfache Anfragen** eingereicht. Die komplette Übersicht über die Vorstösse ist im Internet unter www.parlament.ch (Curia Vista, Geschäftsdatenbank) nach Fraktion, einzelnen Ratsmitgliedern, Datum oder Thema abrufbar.

4. Vernehmlassungsantworten der SVP

Im Jahr 2009 hat die SVP an **53 Vernehmlassungsverfahren** mitgewirkt:

- Evaluation der Steuerung der Bundespersonalpolitik (BPG)
- 08.445 s Parlamentarische Initiative: Angemessene Wasserzinsen (UREK-SR)
- Kalte Progression bei der direkten Bundessteuer. Ausgleich der Folgen
- 04.430 Parlamentarische Initiative Maitre: Regulierung der Bücherpreise
- 09.323 – Standesinitiative: Verlängerung des Moratoriums für den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen
- 03.3532 – Postulat: Energiegesetz und Energieverordnung. Modifikationen
- 06.3658 Motion Heberlein: Massnahmen gegen Zwangsheiraten und arrangierte Heiraten
- 05.309 Standesinitiative Bern. Differenzierung der Motorfahrzeugsteuer auf Bundesebene
- 04.3179 – Motion: Steuerbefreiung von Feuerwehrsold
- 08.4015 – Motion: Finanzielle Unterstützung für Tempo-30- und Begegnungszonen (Via sicura)
- Genehmigung und Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der Europäischen Gemeinschaft betreffend die Übernahme der Verordnung über das Visa-Informationssystem (VIS) und die Übernahme des Beschlusses über den Zugang der Sicherheitsbehörden zum VIS (Schengen-Weiterentwicklungen)
- CO2-Gesetz. Revision
- Datenschutz bei der Benutzung der elektronischen Infrastruktur des Bundes
- Entwürfe zur Teilrevision der Verordnung vom 27. Juni 1995 über die Krankenversicherung (KVV), der Verordnung vom 29. September 1995 über Leistungen in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (KLV) und der Verordnung vom 31. Oktober 1947 über die Alters und Hinterlassenenversicherung (AHVV)
- Teilrevision des Obligationenrechts (Schutz bei Meldung von Missständen am Arbeitsplatz)
- Steuerliche Entlastung von Familien mit Kindern
- Bundesbeschluss über das Programm zur Beseitigung von Engpässen im Nationalstrassennetz und über die Freigabe der Mittel

- Revision des Raumplanungsgesetzes
- Änderung des Schweizerischen Strafgesetzbuches (Online-Zugriffe VOSTRA)
- 08.515 Parlamentarische Initiative: Bedingter Rückzug einer Volksinitiative im Fall eines indirekten Gegenvorschlags
- Bundesgesetz über die Unternehmens-Identifikationsnummer (UIDG)
- Vorentwurf einer Teilrevision des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Elterliche Sorge) und des Schweizerischen Strafgesetzbuches (StGB Art. 220)
- Revision des Bundesgesetzes über die Militärversicherung (MVG)
- Revision des Schuldbetreibungs- und Konkursgesetzes (SchKG): Sanierungsverfahren
- Änderung des Militärgesetz im Zusammenhang mit dem Einsatz der Armee im Assistenzdienst im Ausland (ATALANTA)
- Projekt Deutschschweizer Lehrplan „Grundlagen für den Lehrplan 21“
- 05.404 Parlamentarische Initiative „Verbot von sexuellen Verstümmelungen“
- Bundesgesetz über die Unternehmensjuristinnen und -juristen (Unternehmensjuristengesetz, UJG)
- Genehmigung und Umsetzung des Übereinkommens des Europarates über die Cyberkriminalität
- Ersatzbeschaffung von Wohneigentum, Förderung der beruflichen Mobilität
- Revision des Bundesgesetzes über den Versicherungsvertrag (VVG)
- Schengen Besitzstand Datenschutz
- Anhörung Umweltetiketten-Verordnung
- Verordnung zum Schutz von Passivrauchen (PRSV)
- Schengen Besitzstand Rückführungsrichtlinie
- Bundesgesetz über den Einkauf von Waren in Zollfreiläden auf Flughäfen
- Kinderbetreuungsverordnung
- Verordnung über die Besteuerung der Liquidationsgewinne bei definitiver Aufgabe der selbständigen Erwerbstätigkeit
- Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Gemeinschaft über die Erleichterung der Kontrollen und Formalitäten im Güterverkehr sowie

über zollrechtliche Sicherheitsmassnahmen

- Bundesbeschluss über die Genehmigung der Verordnung (EG) Nr. 380/2008 zur Einführung der Biometrie im Ausländerausweis (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)
- Verordnung zum neuen Mehrwertsteuergesetz
- 6. IV-Revision, erstes Massnahmenpaket
- Vorentwurf über die Änderung des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung (SR 861).
- 08.407n Parlamentarische Initiative „Erleichterte Zulassung und Integration von Ausländerinnen und Ausländern mit Schweizer Hochschulabschluss“
- Revision des Lebensmittelgesetzes
- Zweiter Schritt der Bahnreform 2
- Anhörung Teilrevision der Radio- und Fernsehverordnung
- Ergänzung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes betreffend rassistische Symbole
- Änderung der Landwirtschaftlichen Deklarationsverordnung (LDV, SR 915.51)
- Bundesgesetz über die Teilrevision des Zivilgesetzbuches, des Obligationenrechts und der Zivilprozessordnung (Nachrichtenlose Vermögenswerte)
- Verordnung über das Inverkehrbringen von nach ausländischen technischen Vorschriften hergestellten Produkten
- Genehmigung der Notenaustausche zwischen der Schweiz und der Europäischen Gemeinschaft betreffend die Übernahme der Entscheidungen zum Aussengrenzenfonds sowie der Zusatzvereinbarung mit der Europäischen Gemeinschaft über eine Beteiligung der Schweiz am Aussengrenzenfonds (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes)
- Bundesgesetz über die Sicherung der Bankeinlagen

5. Positionspapiere der SVP

Im Jahr 2009 veröffentlicht die SVP folgende Positionspapiere:

Februar 2009	Das Ziel heisst „Kriegsgenügen“
Februar 2009	Für eine Klimapolitik mit Augenmass
März 2009	Bewältigung der Krisen in der Schweiz
April 2009	Ohne ernstfall-orientierte Führung keine ernstfall-taugliche Armee
April 2009	Der Lehrer
April 2009	Schulleistung heute
Mai 2009	widerrechtliche Parallelwelten / Für Integration und gegen rechtliche Parallelwelten
Mai 2009	Für Betreuungsabzüge – aber bitte für alle! Für wirksame Aufsicht über die Verwaltungsräte für eine funktionierende Aufsicht über die Bundesanwaltschaft
September 2009	Die 6. IV-Revision hat die IV zu sanieren
November 2009	Wie weiter mit der Landesverteidigung?

6. Communiqués, Pressedienste, Parteizeitung, Medienkonferenzen

2009 veröffentlicht die SVP, SVP-Frauen, SVP-Senioren und die SVP International inbegriffen, **163 Pressecommuniqués** (Vorjahr 166). Die Abonnenten erhalten **27 Ausgaben des Pressedienstes** zugestellt. Dieser wurde jedoch per Mitte Jahr im Zuge der Sparmassnahmen auf dem Generalsekretariat eingestellt. Die letzte Ausgabe erschien am 6. Juli 2008. Ab Juli wird ein wöchentliches Editorial zu einem aktuellen Thema in Form eines elektronischen Newsletters publiziert. Die **Parteizeitschrift „Klartext“** erscheint weiterhin monatlich. Die Auflage tendiert Ende 2009 gegen 60'000 Exemplare.

Im Jahr 2009 führt die SVP **15 Medienkonferenzen** durch:

- 05.01.2009 Ein Nein nützt der Wirtschaft
- 09.01.2009 Bereits jeder Dritte in der Schweiz kommt aus dem Ausland!
- 10.02.2009 Landesrecht stärken zur Wiederherstellung der Souveränität
- 17.02.2009 SVP fordert kriegsgenügende Armeeausbildung
- 24.02.2009 Für eine Klimapolitik mit Augenmass
- 14.04.2009 Bei Asylmissbrauch und Ausländerkriminalität ist hart durchzugreifen!
- 21.04.2009 Breite Allianz gegen neue Verfassungsbestimmung, Zukunft mit Komplementärmedizin
- 07.05.2009 Volksschule: Zurück zum Leistungsprinzip
- 11.05.2009 Agrarfreihandel: Verhandlungen mit der EU sofort abbrechen
- 19.05.2009 Sicherheit schaffen: Strafrecht verschärfen!
- 25.06.2009 AHV Plündern – Steuern erhöhen? Nein!
- 04.09.2009 AHV für Missbräuche plündern?
- 29.09.2009 Die 6. IV-Revision hat die IV zu sanieren
- 10.11.2009 Wie weiter mit der Landesverteidigung?
- 29.12.2009 Legislaturzwischenbilanz

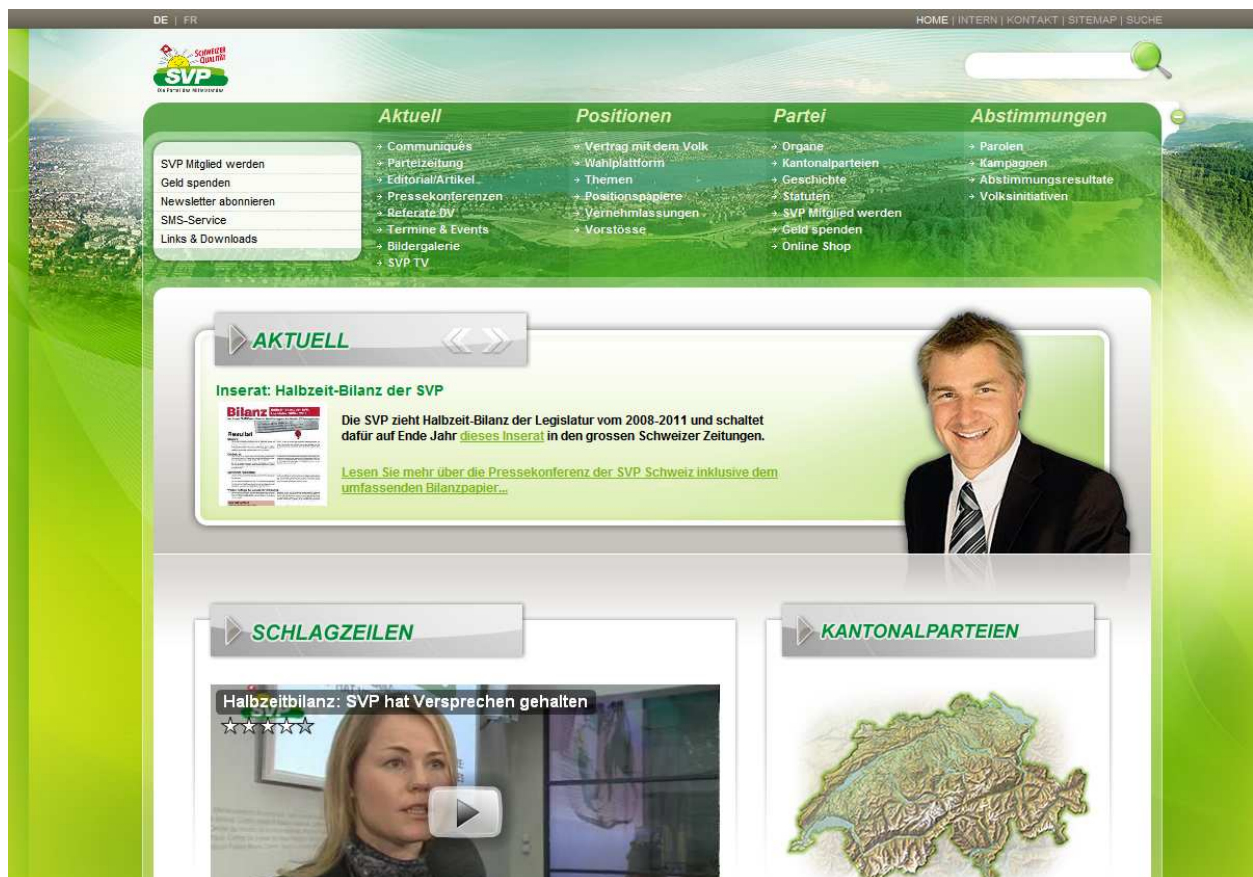
7. Internet

Am 1. August 2009 wird der neue Internetauftritt der SVP Schweiz aufgeschaltet. Er ist attraktiver für den Besucher und bietet mehr Informationen und Möglichkeiten. Priorität setzt die Homepage auf die Positionen der SVP, weshalb alle Pressecommuniqués, Pressekonferenzen, Referate, Parteizeitungen, die wichtigsten Vernehmlassungen und Fraktionsvorstösse seit 2003 online zur Verfügung stehen.

2009 produziert die SVP **19 Internet-TV-Beiträge** auf Deutsch und ebenso viele auf Französisch. Sie verzeichnen insgesamt **67'287 Besucher auf Deutsch und 12'342 Besucher auf Französisch**.

Die SVP eröffnet eine eigene **Facebook-Gruppe** und kommuniziert regelmässig die Aktualitäten. Bis am 31.12.2009 treten unserer Gruppe **1'337 Mitglieder** bei.

Vom 01.08.2009 (Lancierung der neuen Homepage) bis 31.12.2009 werden **273'921 Besuche auf svp.ch** registriert (das sind durchschnittlich **1'767 Besuche pro Tag**). Die Frontseite ist die meistbesuchte Seite (47 364 Besuche) gefolgt von der Suchmaske, den Parolen und der Kampagnen-Seite. In den Top Ten finden sich auch die Anmeldemaske für eine Mitgliedschaft, die Pressecommuniqués und die Seite der Volksinitiativen (je zwischen 1'700 und 3'000 Besuche).



II. Parteiorgane

1. Delegiertenversammlungen

Die Delegiertenversammlung (DV) der SVP Schweiz besteht aus **765** Delegierten und ist das oberste Organ der Partei. Im Jahr 2009 finden 4 Delegiertenversammlungen, 2 Sonderparteitage sowie 1 ausserordentlicher Delegiertenversammlung statt:

Delegiertenversammlung vom 28. März 2009 in La Brévine (NE)

Parolenfassung zur Erhöhung der Mehrwertsteuer

Die Delegierten fassen mit 382 zu 1 Stimme die **Nein-Parole zur Erhöhung der Mehrwertsteuer**. Diese Steuererhöhung wäre insbesondere in der aktuellen Wirtschaftskrise Gift für den Konsum und die Investitionen. Die SVP hat sich im Vertrag mit dem Volk verpflichtet, die Steuern für alle zu senken und lehnt jede Erhöhung von Steuern, Gebühren und Abgaben ab. Gerade in der aktuellen Wirtschaftskrise ist es die Aufgabe des Staates, die Bürger und die Unternehmungen zu entlasten, um damit den Konsum und die Investitionen zu stärken und Arbeitsplätze zu sichern.

Verabschiedung Positionspapiere

Weiter werden die beiden Positionspapiere zur **Bankenkrise und dem Bankkündengeheimnis** verabschiedet. Die SVP verlangt darin, dass bundesrätliche Massnahmen ergriffen werden, um das grosse volkswirtschaftliche Risiko der Grossbanken zu limitieren. "Too big - to fail" darf es nicht geben. Als einzige Partei legte die SVP ein klares Konzept vor.

Martin Baltisser wird vom Zentralvorstand einstimmig zum neuen Generalsekretär der SVP Schweiz gewählt. Er wird am 1. Juli 2009 sein Amt antreten.

Sonderparteitag vom 2. Mai 2009 in Bern

Verabschiedung Resolution

Die Delegierten nehmen die Resolution der SVP Schweiz „**für eine wirkungsvolle Asylpolitik**“ mit nur einer Gegenstimme an. Die SVP setzt sich dafür ein, dass an Leib und Leben verfolgte Menschen als Flüchtlinge aufgenommen werden – Asylbe-träger sind aber ebenso konsequent abzuweisen – und fordert, dass die seit 2008 im Vollzug herrschenden Missstände nicht weiter schön geredet werden.

Verabschiedung Positionspapier Migration

Das **Migrationspapier 2009 der SVP** wird von den Delegierten einstimmig ohne Enthaltungen angenommen. Die Schweiz ist mit einem Ausländeranteil von 22.6 Prozent das Land mit dem höchsten Ausländeranteil auf der Welt. Seit 1990 betrug die Bruttozuwanderung in die Schweiz weit über eine Million Menschen. Dies, obwohl die Schweiz eine der höchsten Einbürgerungsquoten pro Einwohner verzeichnet.

Delegiertenversammlung vom 20. Juni in Altstätten (SG)

Verabschiedung Anti-Atalanta-Resolution

Die Resolution der SVP Schweiz „**gegen eine Teilnahme an der Operation NAV-FOR Atalanta der NATO am Horn von Afrika**“ wird von den Delegierten mit 293:2 Stimmen angenommen. Die SVP wehrt sich gegen die fortschreitende Zerstörung unserer Neutralität. Das EDA muss lernen, die integrale Neutralität der Schweiz zu vertreten und hat diesen ungeheuerlichen aussenpolitischen Aktivismus endlich zu unterlassen. In der bevorstehenden Beratung der Militärgesetzrevision wird die SVP ihre ablehnende Haltung gegenüber Auslandseinsätzen bekräftigen. Oberstes Ziel der Armee muss die Landesverteidigung bleiben.

Es werden folgende **Mutationen im Zentralvorstand beschlossen**:

Felix Meier, BS (bisher: Sebastian Frehner) und Michael Kohler, JU (bisher: Philippe Müller) werden **einstimmig in den Zentralvorstand gewählt**.

Delegiertenversammlung vom 22. August 2009 in Chur (GR)

Initiative zur Volkswahl des Bundesrats

Mit 358:28 Stimmen wird zunächst beschlossen, eine **Volksinitiative für die Volkswahl des Bundesrates zu lancieren**. Weiter wird mit 279 : 97 (bei 28 Enthaltungen) beschlossen, dass der **definitive Initiativtext erst an der nächsten Delegiertenversammlung** vom 3. Oktober in Genf verabschiedet werden soll.

Es werden folgende **Mutationen im Zentralvorstand beschlossen**:

NE: Walter Willener für Pierre-Alain Schorrier; Unter-VS: Bruno Perroud für Oskar Freysinger; ZH: Gregor Rutz für Alfred Heer; ZH: Yves Gadiet für Daniela Vas.

Delegiertenversammlung 3. Oktober 2009 in Genf

Volkswahl des Bundesrats

Mit der **Volkswahl des Bundesrats** werden endlich die unwürdigen Spiele im Parlament im Zusammenhang mit den Bundesratswahlen beendet und das Volk bestimmt über die eigene Regierung auch auf Bundesebene. Die **Delegierten haben den vorgeschlagenen Initiativtext mit 217 zu 97 Stimmen genehmigt**.

Parolenfassung zur eidgenössischen Abstimmung vom 29. November 2009 Volksinitiative „Gegen den Bau von Minaretten“

Die Delegierten fassen die **JA-Parole** zugunsten dieser vom „Egerkinger-Komitee“ lancierten Volksinitiative, welche am 29. November 2009 zur Abstimmung kommt, klar mit **288 zu 3 Stimmen bei 3 Enthaltungen**.

Sonderparteitag vom 31. Oktober 2009 in Wauwil (LU)

Resolution der SVP zur Stärkung der Schweizer Landwirtschaft

Die Delegierten der SVP Schweiz verabschieden die Resolution einstimmig. Die SVP will **Massnahmen gegen das Bauernsterben** sowie die katastrophale Situation am **Milchmarkt** ergreifen. Es muss jetzt gehandelt werden, jedes längere Zuwar-

ten ist verantwortungslos gegenüber den vielen Bauernfamilien unseres Landes. So hat die Aufhebung der Milchkontingentierung zu einem massiven Preiserfall auf dem Milchmarkt geführt. Diese Entwicklung gilt es durch eine privatrechtliche, all-gemeinverbindliche Mengensteuerung zu stoppen.

Ausserordentliche Delegiertenversammlung vom 5. Dezember 2009 in Pfäffikon (SZ)

Lancierung der Volksinitiative zur Stärkung der Familie

Die Delegierten der SVP haben in Pfäffikon SZ die **Lancierung der Volksinitiative zur Stärkung der Familie einstimmig verabschiedet**. Die SVP begrüsst die steuerliche Entlastung von Familien mit Kindern, wie sie in der Herbstsession vom Parlament beschlossen wurde. Für die SVP ist es jedoch unverständlich, weshalb das Parlament Eltern, welche ihre Kinder zuhause betreuen, benachteiligen will. Die Familieninitiative fordert, dass Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, für die Kinderbetreuung ein mindestens gleich hoher Steuerabzug gewährt wird wie Eltern, die ihre Kinder fremd betreuen lassen.

2. Zentralvorstand

Der Zentralvorstand (ZV) setzt sich aus 112 Mitgliedern zusammen.

Vertreter von Amtes wegen gemäss Statuten Art. 18 Ziff 1 Abs. 1:

(Stand: 31.12.2009)

Parteipräsident	NR Toni Brunner (SG)
Vizepräsidenten	NR Adrian Amstutz (BE)
	a. BR Christoph Blocher (ZH)
	a. NR Walter Frey (ZH)
	NR Jasmin Hutter (SG)
	NR Yvan Perrin (NE)
Fraktionspräsident	NR Caspar Baader (BL)
Generalsekretärin a.i. bis 30.6.09	Silvia Bär (BE)
Generalsekretär ab 1.7.09	Martin Baltisser (BE)
Präsidentin SVP Frauen	Rita Gyga (BE)
Präsident SVP Senioren	NR Theophil Pfister (SG)
Präsident SVP International	Rolf B. Schudel
Präsidenten Kantonalparteien	AG Thomas Lüpold
	AI Emil Mock
	AR Edgar Bischof
	BE NR Rudolf Joder
	BL Dieter Spiess
	BS Sebastian Frehner
	FR Gilberte Demont
	GE Eric Leyvraz
	GL Peter Rothlin
	GR Jon Peider Lemm
	JU Romain Schaer
	LU NR Josef Kunz
	NE NR Yvan Perrin
	NW Peter Wyss
	OW Albert Sigrist
	SG Toni Thoma
	SH Werner Bolli
	SO Heinz Müller

	SZ	Judith Übersax
	TG	Walter Marty
	TI	Pierre Rusconi
	UR	Gusti Planzer
	VD	Gérald Nicod
	VS	Oskar Freysinger (UVS)
	VS	Franz Ruppen (OVS)
	ZG	Stephan Schleiss
	ZH	NR Alfred Heer
	JSVP	Erich J. Hess

Vertreter durch Wahl gemäss Statuten Art. 18 Ziff. 1 Abs.2 Ziff.1:

AG	- Roger Fricker - NR Lieni Füglistaller - Pascal Furer - Andreas Glarner
AI	- Martin Ebnetter
AR	- Werner Rechsteiner
BE	- Andrea Pieren - Jolanda Brunner - Aliko M. Panayides - Jean-Blaise Defago - Michael Waber - Hans Rösti
BL	- Thomas de Courten - Hans-Jürgen Ringgenberg
BS	- Felix Meier - Andreas Ungricht
FR	- Daniel C. Schär - Jean-Luc Rimaz
GE	- Eric Bertinat - a. NR Jacques Pagan
GL	- Marc Ziltener
GR	- Roberto A. Keller - Urs Hoffmann
JU	- Michael Kohler
LU	- Urs Meyer - Oskar Blaser - Guido Müller
NE	- Raymond Clottu - Walter Willener
NW	- Christoph Keller

OW	- Susann Schmid
SG	- Markus Straub - Dominique Roland Lambert - Thomas Zünd
SH	- SR Hannes Germann
SO	- Beat Ehram - NR Walter Wobmann
SZ	- Olivier Kessler - NR Pirmin Schwander
TG	- Margrit Aerne - NR Hansjörg Walter
TI	- Eros Mellini
UR	- Paul Dubacher
VD	- Nathalie Falcone - Claude-Alain Voiblet - Eric Bonjour
VS	- Fredy Ursprung (Oberwallis) - Bruno Perroud - Jean-Luc Addor
ZG	- Vreni Althaus - Heinz Tännler
ZH	- Josephine Bianda - Max Binder, CN - NR Toni Bortoluzzi - Gregor A. Rutz - NR Ernst Schibli - Yves Gadiant - Jacqueline Hofer - Theres Weber
JSVP	- Erich Hess - Bernhard Zahner - Michele Losa
SVP International	- Peter S. Kaul

Vertreter durch Wahl gemäss Statuten Art. 18 Ziff. 1 Abs. 2 Ziff. 2
(höchstens 15 weitere Mitglieder)

BE	- Susanne Huber
GL	- SR This Jenny
GR	- Reto Rauch
NW	- Michèle Blöchliger
AG	- NR Sylvia Flückiger
SH	- NR Thomas Hurter
SZ	- Monika Moser-Lienert
TI	- Roberta Soldati
VD	- Michaël Buffat
ZH	- NR Christoph Mörgeli - NR Hans Fehr

	- NR Ulrich Schlüer
VS	- Raphael Filliez
GE	- Catherine Buchet - Vakant

3. Leitender Ausschuss

Der Leitende Ausschuss (LA) setzt sich aus 28 Personen zusammen, die von Amtes wegen oder durch Wahl Mitglied sind. Der LA führt die laufenden Geschäfte der Partei, pflegt Kontakte zu den Kantonalparteien und sorgt für die Berücksichtigung von deren Anliegen. Als Schlichtungsstelle untersucht und entscheidet der LA auf Begehren von Einzelmitgliedern, Parteiorganen, Sektions-, Bezirks- oder Kantonalparteien bei Streitigkeiten.

(Stand 31.12.2009)

Parteipräsident	NR Toni Brunner (SG)
Vizepräsidenten	NR Adrian Amstutz (BE)
	a. BR Christoph Blocher (ZH)
	a. NR Walter Frey (ZH)
	NR Jasmin Hutter (SG)
	NR Yvan Perrin (NE)
Fraktionspräsident	NR Caspar Baader (BL)
Generalsekretär	Martin Baltisser (BE)
Präsidenten der sechs absolut wählerstärksten Kantonalparteien	NR Alfred Heer (ZH)
	NR Rudolf Joder (BE)
	Thomas Lüpold (AG)
	Toni Thoma (SG)
	NR Josef Kunz (LU)
	Gérald Nicod (VD)
Präsidentin SVP Frauen Schweiz	Rita Gygax-Schwarz (BE)
Präsident SVP Senioren Schweiz	NR Theophil Pfister (SG)
Präsident Junge SVP Schweiz	Erich J. Hess (BE)
Vertreterin der Romandie	Catherine Buchet (GE)
Vertreter der italienischen Schweiz	Eros Mellini (TI)
Vertreter der romanischen Schweiz	Reto Rauch (GR)
Weitere Mitglieder	SR This Jenny (GL) NR Hans Fehr (ZH) NR Christoph Mörgeli (ZH) NR Pirmin Schwander (SZ) NR Hansjörg Walter (TG) NR Sylvia Flückiger (AG) Michèle Blöchliger (NW) NR Oskar Freysinger (VS)

4. Parteileitung

Die Parteileitung setzt sich aus 7 Mitgliedern zusammen.

(Stand: 31.12.2009)

Funktion	
Präsident der SVP Schweiz	Nationalrat Toni Brunner (SG)
Vizepräsident	Nationalrat Adrian Amstutz (BE)
Vizepräsident	a. Bundesrat Christoph Blocher (ZH)
Vizepräsident	a. Nationalrat Walter Frey (ZH)
Vizepräsidentin	Nationalrätin Jasmin Hutter (SG)
Vizepräsident	Nationalrat Yvan Perrin (NE)
Fraktionspräsident	Nationalrat Caspar Baader (BL)

5. Generalsekretariat

Das Generalsekretariat ist die administrative Zentrale der Partei. Bei Abschluss des Berichtsjahres arbeiten folgende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf dem Generalsekretariat:

(Stand: 31.12.2009)

Funktion	Mitarbeiter / Mitarbeiterin
Generalsekretär	Martin Baltisser, Bremgarten (BE)
Stv. Generalsekretärin	Silvia Bär, Wiler (BE)
Fraktionssekretär	Urs Martin, Oberaach (TG)
Kommunikation	Kevin Grangier, La Tour-de-Peilz (VD)
Wissenschaftliche Mitarbeiter	Miriam Dagai, Oberwangen (BE)
	Kaspar Voellmy, Bern (BE)
	David Wenger, Olten (SO)
	Daniel Eichenberger, Baar (ZG)
Koordinator UDC Romandie	Claude-Alain Voiblet, Lausanne (VD)
Fraktionsassistentin	Jacqueline Merian-Lang, Reiden (LU)
Sekretariat	Susanne Rebora, Schliern (BE)
Assistentin d. Parteipräsidenten	Marcia Cerantola, Rosshäusern (BE)

6. Fraktion der Bundesversammlung

Die Mitglieder des National- und Ständerates, die auf den Listen der SVP-Kantonalparteien gewählt werden, schliessen sich zu einer selbständigen Fraktion zusammen. Die Fraktion bezweckt die Verfechtung der politischen Ziele der SVP Schweiz innerhalb und ausserhalb der eidgenössischen Räte.

Bundesrat

- Ueli Maurer, Vorsteher VBS, Hinwil (ZH);
gewählt am 10.12.2008; im Amt seit 1.1.2009

Mit 60 Nationalräten und 6 Ständeräten (58 SVP, 1 Lega, 1 EDU) stellt die SVP die grösste Fraktion im eidgenössischen Parlament.

Nationalrätinnen und Nationalräte (Stand: 31.12.2009)

AG	Flückiger Sylvia, Schöftland Giezendanner Ulrich, Rothrist Glur Walter, Glashütten Killer Hans, Untersiggenthal Füglistaller Lieni, Rudolfstetten Stamm Luzi, Baden
BE	Aebi Andreas, Alchenstorf Amstutz Adrian, Sigriswil Brönnimann Andreas, Belp (EDU) Geissbühler Andrea, Herrenschwanden Graber Jean-Pierre, La Neuveville Joder Rudolf, Belp Schenk Simon, Trubschachen von Siebenthal Erich, Gstaad Wandfluh Hansruedi, Frutigen
BL	Baader Caspar, Gelterkinden Miesch Christian, Titterten
BS	Dunant Jean Henri, Basel
FR	Rime Jean-François, Bulle
GE	Nidegger Yves, Genf Reymond André, Veyrier
JU	Baettig Dominique, Delémont
LU	Estermann Yvette, Kriens Kunz Josef, Grosswangen Müri Felix, Emmenbrücke
NE	Perrin Yvan, La Côte-aux-Fées
OW	von Rotz Christoph, Sarnen
SG	Bigger Elmar, Vilters-Wangs Brunner Toni, Ebnat-Kappel

	Hutter Jasmin, Altstätten Pfister Theophil, Flawil Reimann Lukas, Wil
SH	Hurter Thomas, Schaffhausen
SO	Borer Roland, Kestenholz Wobmann Walter, Gretzenbach
SZ	Föhn Peter, Muotathal Schwander Pirmin, Lachen
TG	Baumann J. Alexander, Kreuzlingen Spuhler Peter, Weiningen Walter Hansjörg, Wängi
TI	Attilio Bignasca, Lugano (Lega)
VD	Bugnon André, Saint-Prex Glauser Alice, Champvent Grin Jean-Pierre, Pomy Parmelin Guy, Bursins Veillon Pierre-François, Les Plans-sur-Bex
VS	Freysinger Oskar, Savièse
ZG	Scherer Marcel, Hünenberg
ZH	Binder Max, Illnau Bortoluzzi Toni, Affoltern a.A. Fehr Hans, Eglisau Heer Alfred, Zürich Kaufmann Hans, Wettswil Mörgeli Christoph, Uerikon Rickli Natalie, Winterthur Rutschmann Hans, Rafz Schibli Ernst, Otelfingen Schlüer Ueli, Flaach Stahl Jürg, Winterthur Zuppiger Bruno, Hinwil

Ständeräte (Stand: 31.12.2009)

AG	Reimann Maximilian, Gipf-Oberfrick
GL	Jenny This, Glarus
GR	Brändli Christoffel, Landquart
SH	Germann Hannes, Opfertshofen
SZ	Kuprecht Alex, Pfäffikon
TG	Bürgi Hermann, Dussnang

III. EIDGENÖSSISCHE VOLKSABSTIMMUNGEN 2009

Volksabstimmung vom 8. Februar	Parole SVP	Parole FDP	Parole CVP	Parole SP	Volk Ja	Volk Nein	Stän- de Ja	Stän- de Nein	
Bundesbeschluss vom 13.06.2008 über die Genehmigung der Weiterführung des Freizügigkeitsabkommens zwischen der Schweiz und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten sowie über die Genehmigung und die Umsetzung des Protokolls über die Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf Bulgarien und Rumänien	Nein	Ja	Ja	Ja	59.6 %	40.4 %	22	4	angenom- men

Volksabstimmung vom 17. Mai	Parole SVP	Parole FDP	Parole CVP	Parole SP	Volk Ja	Volk Nein	Stän- de Ja	Stän- de Nein	
Verfassungsartikel vom 03.10.2008 'Zukunft mit Komplementärmedizin'	Nein	Ja	Ja	Ja	67%	33%	20 6/2	0	angenom- men
Genehmigung und die Umsetzung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der Europäischen Gemeinschaft betreffend die Übernahme der Verordnung über biometrische Pässe und Reisedokumente.	Nein	Ja	Ja	Nein	50.1 %	49.9 %	12	15	angenom- men

Volksabstimmung vom 27. September	Parole SVP	Parole FDP	Parole CVP	Parole SP	Volk Ja	Volk Nein	Stände Ja	Stände Nein	
Bundesbeschluss vom 13.06.2008 über eine befristete Zusatzfinanzierung der Invalidenversicherung durch Anhebung der Mehrwertsteuersätze, geändert durch den Bundesbeschluss vom 12.06.2009 über die Änderung dieses Beschlusses	Nein	Ja	Ja	Ja	54.5 %	45.5 %	11 2/2	9 4/2	angenommen
Bundesbeschluss vom 19.12.2008 über den Verzicht auf die Einführung der allgemeinen Volksinitiative	Ja	Ja	Ja	Ja	67.9 %	32.1 %	20 6/2	0	angenommen

Volksabstimmung vom 29. November	Parole SVP	Parole FDP	Parole CVP	Parole SP	Volk Ja	Volk Nein	Stände Ja	Stände Nein	
Volksinitiative «Gegen den Bau von Minaretten»	Ja	Nein	Nein	Nein	57.5 %	42.5 %	5/2	1/2	angenommen
Volksinitiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten»	Nein	Nein	Nein	Ja	31.8 %	68.2 %	0	6/2	abgelehnt
Bundesbeschluss zur Schaffung einer Spezialfinanzierung für Aufgaben im Luftverkehr vom 3. Oktober 2008	Ja	Ja	Ja	Stimmfreigabe	65%	35%	6/2	0	angenommen

IV. BUNDESRATSWAHLEN

Die SVP-Fraktion hat an ihrer Fraktionssitzung vom 15. September erneut ein klares Bekenntnis zur Konkordanz abgegeben. Für die Bundesratswahl vom 16. September 2009 haben demnach nur die SVP und schwächer belegt die FDP Anspruch auf den frei werdenden Sitz in der Landesregierung. Die CVP hat als viertstärkste Partei keinen Anspruch. Als Konsequenz daraus hat die SVP-Fraktion einstimmig beschlossen, dem CVP-Kandidaten an der Wahl keine Stimme zu geben. Nach den mit den beiden FDP-Kandidaten durchgeführten Hearings hat die SVP-Fraktion entschieden, Nationalrat Christian Lüscher zu unterstützen. Am folgenden Wahltag wurde der Neuenburger Ständerat Didier Burkhalter im vierten Wahlgang mit 129 Stimmen zum 112. Mitglied der Landesregierung gewählt.

	1. Wahlgang	2. Wahlgang	3. Wahlgang	4. Wahlgang
ausgeteilte Wahlzettel	245	245	243	245
eingegangene Wahlzettel	245	245	243	245
leer	0	0	0	5
ungültig	0	0	0	1
gültig	245	245	243	239
absolutes Mehr	123	123	122	120
Stimmen haben erhalten:				
Burkhalter Didier	58	72	80	129
Lüscher Christian	73	72	63	4
Schwaller Urs	79	89	95	106
Marty Dick	34	12	5	-
Verschiedene	1	0	0	0

V. VERTRETUNG DER SVP IN DEN KANTONS-PARLAMENTEN

(Stand 31. Dezember 2009)

Kanton	Wahljahr	SVP-Wähleranteil bei den kantonalen Wahlen	SVP-Sitze im Kantonsparlament	Total Sitze im Kantonsparlament
AG	2009	32 %	45	140
AI	jährlich	*	4	49
AR	2007 (alle 3 Jahre)	*	8	65
BE	2006	27.4 %	47 (31**)	160
BL	2007	22.5 %	21	90
BS	2008	14 %	14	100
FR	2006	16.0 %	18	110
GE	2009	8.5 %	9	100
GL	2006	31 %	26 (19**)	80
GR	2006 (alle 3 Jahre)	*	32 (3**)	120
JU	2006	5.8 %	3	60
LU	2007	18.2%	23	120
NE	2009	12.7 %	14	115
NW	2006	19.5 %	10	60
OW	2006	13.8 %	6	55
SH	2008	32.6%	16	60
SO	2009	19.4 %	18	100
SG	2008	30.5 %	42	120
SZ	2008	37.5%	41	100
TG	2008	36.4%	51	130
TI	2007	4.6 %	5	90
UR	2008	30.4%	18	64
VD	2007 (alle 5 Jahre)	15.6 %	26	150
VS	2009	11.5 %	12	130
ZG	2006	20.1 %	17	80
ZH	2007	30.5 %	56	180

* keine Angaben, weil Kreiswahlen oder Majorzwahlsystem

** Anzahl Sitze effektiv per 31.12.2009

VI. DIE SVP-KANTONALSEKTIONEN ONLINE

Kanton	Website	E-Mail Adresse
SVP Schweiz	www.svp.ch	gs@svp.ch
AG	www.svp-ag.ch	info@svp-ag.ch
AI	www.svp-ai.ch	svpai@gmx.ch
AR	www.svp-ar.ch	sekretariat@svp-ar.ch
BE	www.svp-bern.ch	sekretariat@svp-bern.ch
BL	www.svp-bl.ch	info@svp-baselland.ch
BS	www.svp-basel.ch	info@svp-basel.ch
FR	www.svp-fr.ch	info@udc-fr.ch
GE	www.udc-ge.ch	secretariat@udc-ge.ch
GL	www.svp-gl.ch	info@svp-gl.ch
GR	www.svp-gr.ch	sekretariat@svp-gr.ch
JU	www.udc-jura.ch	secretaire@udc-ju.ch
LU	www.svp-lu.ch	sekretariat@svp-lu.ch
NE	www.udc-ne.ch	secretariat@udc-ne.ch
NW	www.svp-nw.ch	info@svp-nw.ch
OW	www.svp-ow.ch	info@svp-ow.ch
SH	www.svp-sh.ch	info@svp-sh.ch
SG	www.svp-stgallen.ch	sekretariat@svp-stgallen.ch
SO	www.svp-so.ch	info@svp-so.ch
SZ	www.svp-sz.ch	sekretariat@svp-sz.ch
TG	www.svp-thurgau.ch	sekretariat@svp-thurgau.ch
TI	www.udc-ticino.ch	info@udc-ti.ch
UR	www.svp-uri.ch	sekretariat@svp-uri.ch
VD	www.udc-vaud.ch	secretariat@udc-vaud.ch
Oberwallis	www.svpo.ch	info@svpo.ch
Unterwallis	www.udc-valais.ch	sg@udc-valais.ch
ZG	www.svp-zug.ch	sekretariat@svp-zug.ch
ZH	www.svp-zuerich.ch	sekretariat@svp-zuerich.ch